

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Institut für Politische Wissenschaft
Wintersemester 2023/2024

Bachelorarbeit zum Thema:

**Regierungsparteien und die Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer:
Der Einfluss von Parteiideologie auf die Abwägung von Freiheit und Gesundheit**

Vorgelegt von Henrik Wagner

henrik.wagner@stud.uni-heidelberg.de

Politikwissenschaft (75 %), Öffentliches Recht (25 %)

7. Fachsemester

Betreuer: Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer

Wortanzahl: 11994

Abgabedatum: 19.12.2023

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	iii
Abbildungsverzeichnis	iii
Abkürzungsverzeichnis	iv
Abstract	1
1. Einleitung	1
2. Forschungsstand	3
3. Theoretischer Teil	6
3.1 Rechtliche Voraussetzungen der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer	6
3.2 Parteieneffekte in der Policy-Forschung	8
3.2.1 Vote-Seeking.....	8
3.2.2 Policy-Seeking und der agency-based approach	8
3.3 Theoretisches Argument	10
3.3.1 Coronapandemie als parteipolitischer Issue	10
3.3.2 Partiefamilien und die Präferenzen zu Infektionsschutzmaßnahmen.....	12
4. Forschungsdesign	17
4.1 Fallauswahl und Untersuchungszeitraum.....	17
4.2 Forschungsmethode.....	17
4.3 Operationalisierung	18
4.3.1 Abhängige Variable: Die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen.....	18
4.3.2 Unabhängige Variable und Kontrollvariablen	20
5. Empirische Analyse.....	22
5.1 Deskriptive Betrachtung der Datenlage.....	22
5.2 Ergebnisse der empirischen Analyse der Querschnitte.....	24
5.3 Ergebnisse der empirischen Analyse im Panel	27
5.4 Diskussion der Ergebnisse.....	31
6. Schlussfolgerung	37
7. Literaturverzeichnis.....	40
8. Anhang	47

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammenfassung der vermuteten Einflüsse der Parteien auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen	16
Tabelle 2: Regelungsbereiche des Restriktivitätsindex nach Behnke und Person (2022: 68)	19
Tabelle 3: Ergebnisse der Querschnitte von April 2020 und März 2021 zum Einfluss der Parteien der Landesregierungen auf die Infektionsschutzmaßnahmen	26
Tabelle 4: Ergebnisse des Einflusses der Parteien in den Landesregierungen auf die Infektionsschutzmaßnahmen (gepoolte Regression)	28
Tabelle Anhang 1: Operationalisierung und Datenquellen der Variablen	49
Tabelle Anhang 2: Deskriptive Betrachtung der Daten und Varianzzerlegung	50
Tabelle Anhang 3: Zusammengefasste Regressionsergebnisse des Einflusses von SPD, CDU/CSU und LINKE auf den Restriktivitätsindex der Infektionsschutzmaßnahmen	51
Tabelle Anhang 4: Zusammengefasste Regressionsergebnisse des Einflusses von Grünen und FDP auf den Restriktivitätsindex der Infektionsschutzmaßnahmen	52
Tabelle Anhang 5: Robustheitstest der Ergebnisse des Einflusses der Parteien in den Landesregierungen auf die Infektionsschutzmaßnahmen unter transformierten KVs (gepoolte Regression)	53
Tabelle Anhang 6: Zugangsmöglichkeiten des einzelnen Bürgers zu den Landesverfassungsgerichten	54

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Linearer Zusammenhang der Parteien in den Landesregierungen mit der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen	24
Abbildung 2: Koeffizientenplots der Ergebnisse der Parteeffekte in den vollen gepoolten Regressionsmodellen	30
Abbildung Anhang 1: Verlauf der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer über den Untersuchungszeitraum	48

Abkürzungsverzeichnis

US/USA	United States (of America)
EU	Europäische Union
GAL	Grün-alternativ-libertär
TAN	Traditionalistisch-autoritär-nationalistischen
MPK	Ministerpräsidentenkonferenz
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz
IfSG	Infektionsschutzgesetz
etc.	Et cetera
PACOGOV	The Partisan Composition of Governments Database
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
WASG	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit
MARPOR	Manifesto Research on Political Representation
ParlGOV	Parliaments and governments database
TSCS	Time-series cross-sectional
AR	Autoregressive
AV	Abhängige Variable
UV	Unabhängige Variable
KV	Kontrollvariable
RI	Restriktivitätsindex
KSA	Kabinettsitzanteil
Tab./Tab.A.	Tabelle (Anhang)
VIF	Variance Inflation Factor
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

Abstract

In Demokratien weltweit führte die Coronapandemie zu beispiellosen Einschränkungen der individuellen verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsrechte und erforderte von Regierungen die Abwägung zwischen individuellen Freiheiten und dem allgemeinen Gesundheitsschutz. In Deutschland sorgte der föderale Staatsaufbau dafür, dass diese Entscheidung maßgeblich in den Kompetenzbereich der Landesregierungen fiel. Dies bedingte eine sichtbare Varianz der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen zwischen den Bundesländern, wobei die unterschiedliche politische Zusammensetzung der Landesregierungen gerade in einer solchen grundrechtlich-relevanten Entscheidung eine potenzielle Rolle spielen könnte, wie die Forschung zeigt. Folglich wird der Einfluss von Parteien anhand von Daten zur Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der 16 deutschen Bundesländer im ersten Pandemiejahr mittels wiederholender Querschnitt-Regressionen und gepoolter Regressionen, unter der Kontrolle alternativer Erklärungsfaktoren überprüft. Die Ergebnisse zeigen, dass die Stärke der Landesregierungsparteien die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen beeinflussen können. Allerdings werden Parteiendifferenzen weniger wahrscheinlich, wenn temporale Effekte stärker berücksichtigt werden. Konstante signifikante Effekte zeigen sich vor allem für zwei Parteien: Die CDU/CSU in Landesregierungen neigen zu restriktiveren Maßnahmen, während die Grünen auf eher permissivere Maßnahmen hinwirken. Zudem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Parteiendifferenzen besonders relevant werden, wenn die Bedrohlichkeit der Pandemie abnimmt. Schließlich stützt die Untersuchung das Argument, dass gerade in Krisen und großer Ungewissheit die politische Ideologie von Parteien und ihren Eliten die Entscheidungen in Regierungsverantwortung beeinflussen können.

1. Einleitung

„Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung“ (Bundestag, 2020: 19296), erklärte die damalige Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zu den Freiheitseinschränkungen aufgrund der Coronapandemie. Aber nicht nur in Deutschland, sondern weltweit wurde bereits kurz nach Ausbruch des Covid-19-Virus im Jahresanfang 2020 weitreichende staatliche Infektionsschutzmaßnahmen verabschiedet, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen (Hale et al., 2021: 529). Gerade Demokratien wurden vor die harte Abwägung zwischen dem Erhalt individueller Freiheiten und der Gewährleistung des Gesundheitsschutzes der Allgemeinheit gestellt (Schmidt, 2022: 303). In Deutschland fiel aufgrund des föderalen Aufbaus diese

Entscheidung maßgeblich in den Kompetenzbereich der Landesregierungen (Behnke & Person, 2022: 64). So konnten diese, unabhängig von der Bundesregierung, weitreichende Infektionsschutzmaßnahmen im Landesinneren treffen. Diese umfassten verschiedenste Hygienemaßnahmen, wie das Maske-Tragen und Kontaktbeschränkungen, aber auch harte Lockdownmaßnahmen, die ganze Wirtschaftszweige stilllegten. Trotz eines ähnlichen Rechtsrahmens zeigt sich infolgedessen in den ergriffenen Maßnahmen eine teilweise erhebliche Varianz hinsichtlich der Restriktivität, also dem Einschränken unterschiedlicher Lebensbereiche und Verhindern von Verhaltensweisen (Behnke & Person, 2022: 64f.).

Dabei deutet nicht nur der junge Forschungsstand zur Restriktivität von staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen auf die parteipolitische Färbung von Regierungen als ein Erklärungsfaktor für die Varianz dieser hin. Auch in anderen Krisensituationen (Galasso, 2014) sowie in der Moralpolitik, in welcher ähnliche freiheitsrechtliche Abwägung getroffen werden müssen, wurden Parteien in Vergangenheit als relevante Größe identifiziert (Budde et al., 2018). Mit Blick auf die bereits ergangene Forschung stellt sich somit folgende Forschungsfrage:

Welchen Einfluss haben die Regierungsparteien in den Landesregierungen auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer?

Folglich soll diese Forschungsfrage anhand Daten zur Restriktivität der Infektionsschutzverordnungen der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland für einen Zeitraum von März 2020 bis März 2021 untersucht werden. Dabei wird aus einer Policy-seeking Perspektive und dem agency-based approach von Wenzelburger und Zohnhöfer (2021) erwartet, dass politische Entscheider aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit von der Kernideologie ihrer Partei geprägt sind, welche ihre Policy-Präferenzen beeinflusst. In der Wahrnehmung von Corona als politischer Issue wirkt diese Ideologie als ideologische Brille und bestimmt die Abwägung zwischen Freiheitsrechten des Einzelnen und dem Gesundheitsschutz der Gemeinschaft. Die Ergebnisse zeigen dabei, dass dieser Zusammenhang für die Stärke der Parteien in den Landesregierungen auch nachweisbar ist. Jedoch können je nach Modellspezifikation nicht für alle Parteien eindeutige Effekte gefunden werden.

Die Untersuchung soll somit an den Forschungsstand zu Infektionsschutzmaßnahmen anknüpfen und die Anwendung der Parteiendifferenz als Erklärungsansatz auf substaatlicher Ebene unter der Kontrolle externer Faktoren erlauben, um zu einem besseren Verständnis von der Rolle der Parteien in neuen Krisensituationen in Deutschland beizutragen. Darüber hinaus ist die Frage von demokratietheoretischer Bedeutung. So sollen Parteien als Ausdruck des Willens

der Bürger (Degenhart, 2020: 19) in Föderalstaaten regionale Wertunterschiede zum Ausdruck bringen (Morlok & Michael, 2023: 200). Dafür ist es aber wichtig, dass Parteien in Krisensituationen auch einen Unterschied machen können, Parteien also die Möglichkeit haben unterschiedliche Lösungen zu debattieren und zu implementieren.

Die weiteren Kapitel dienen der Beantwortung der Forschungsfrage. Zunächst wird der aktuelle Forschungsstand zum Einfluss von Parteien auf die Infektionsschutzmaßnahmen von Regierungen vorgestellt. Des Weiteren wird im theoretischen Teil auf die rechtlichen Grundlagen des Pandemiemanagements in den Bundesländern eingegangen und die theoretischen Perspektiven der Parteidifferenzen erläutert. Darauf folgend wird die Relevanz der Perspektiven für Corona als Issue abgewogen, um ein theoretisches Argument zu formulieren und Hypothesen abzuleiten. Folglich wird im Kapitel zum Forschungsdesign die Fallauswahl begründet, die Wahl der Untersuchungsmethode plausibilisiert sowie die untersuchten Variablen und Kontrollvariablen operationalisiert. Danach werden in der empirischen Analyse die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert, um abschließend eine Schlussfolgerung zu ziehen.

2. Forschungsstand

Im folgenden Kapitel soll der Forschungsstand zu Parteieneffekten auf die Infektionsschutzmaßnahmen von Regierungen dargestellt werden. Dazu ist festzuhalten, dass der Großteil der Forschung explorative Ziele verfolgt und theoretische Argumente dabei wenig im Vordergrund stehen.

Bereits früh nach Ausbruch der Coronapandemie sind Parteieneffekte als Determinante für die Infektionsschutzmaßnahmen von Regierungen in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dabei betrachtet die Forschung sowohl den Wettbewerb um Wählerstimmen als auch die Parteiprogrammatik als Erklärungsansätze für Unterschiede im staatlichen Pandemiemanagement.

Erste Befunde für Parteienwettbewerb finden Adolph et al. (2021) in einer quantitativen Studie zum Implementationszeitpunkt der Infektionsschutzmaßnahmen der US-Bundesstaaten in den ersten Pandemienmonaten. Dabei zeigen sie, dass Gouverneure der republikanischen Partei im Vergleich zu den Demokraten deutlich später Maßnahmen des Social-Distancings in ihren Staaten verabschiedet haben. Den Grund dafür sehen die Autoren vor allem in der Responsivität zur republikanischen Wählerschaft, die Corona in den Anfangsmonaten der Pandemie als deutlich geringere Bedrohung wahrgenommen haben. Zusätzlich stellen Adolph et al. (2022) fest,

dass republikanische Gouverneure nach der ersten Welle früher Infektionsschutzmaßnahmen lockerten. Shvetsova et al. (2022) bestätigen diese Befunde für einen längeren Zeitraum und schließen daraus auf eine Polarisierung des Issues in den USA. Ebenfalls zeigen Pulejo und Querubín (2021) in ihrer Untersuchung präsidentieller Systeme, dass Länder in denen die Amtsinhaber vor möglichen weiteren Amtszeiten stehen und in denen Wahlen bevorstehen durchschnittlich zu schwächeren Infektionsmaßnahmen neigen, also Wiederwahlüberlegungen einen Teil der Variation der Intensität von Infektionsschutzmaßnahmen erklären können.

Betrachtet man hingegen Deutschland, sind Wettbewerbseffekte weniger bis gar nicht deutlich. Dietz et al. (2021) zeigen in ihrer Analyse von Survey Daten aus Deutschland, dass mit Beginn der Pandemie ein ‚Rally Around the Flag‘-Effekt entstand und parteipolitische Grenzen in der Wählerschaft weniger betont wurden. Deutlich wird dies an der bis September 2020 über alle politischen Lager hinweg hohen Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit, im Vergleich zu 2019. Daran anschließend zeigen Engler und Zohlnhöfer (2022) in ihrer Analyse der Coronapolitik der Bundesregierung, dass zwar auf der Angebotsseite der Politik Möglichkeit für Parteienwettbewerb bestand. Jedoch auf der Seite des Bürgers, aufgrund großer Zufriedenheit und erschwelter Möglichkeiten zur Verantwortungszuschreibung, die Coronapolitik der Bundesregierung bis in das Jahr 2021 hinein dem Parteienwettbewerb entzogen blieb und erst mit Herannahen der Bundestagswahl durch Wettbewerb geprägt wurde (Engler & Zohlnhöfer, 2022). Letztlich vermerken sie in einem gleichgerichteten Fachaufsatz an, dass die unterschiedlichen Positionen der Ministerpräsidenten der Länder wohl wichtiger für das deutsche Pandemiemanagement war als die Präferenz der Wähler (Zohlnhöfer & Engler, 2023).

Betrachtet man Parteiprogrammatik und Ideologie als Erklärung für Unterschiede in der Reaktion von Regierungen auf die Pandemie, finden sich ebenfalls diverse Befunde in der Forschung. So vermuten Egger et al. (2021), dass gerade in Zeiten hoher Unsicherheit, in denen noch keine festen Protokolle im Spiel sind, die Parteiideologie von Regierungsparteien zu Trage kommt und argumentieren, dass Regierungen vor einem Trade-off zwischen Krisenmanagement und dem Schutz ziviler Freiheiten stehen. Die bivariate statistische Analyse von 23 EU-Staaten deutet auf moderate Einflüsse von Parteien und zeigen, dass Regierungsparteien die Freiheit und Menschenrechte hervorheben, zu einer weniger strikten Pandemiopolitik neigen. Auch Jahn (2023) untersucht den Einfluss der Ideologie der Regierungsparteien indem er die Parteifamilien in eine Rechts-Links-Achse einordnet. Obwohl Jahn (2023) Schwierigkeiten bei der Einordnung feststellt, zeigt die statistische Analyse der Restriktivität von Infektionsschutzmaßnahmen in 35 Demokratien, dass rechte Parteien in Regierungen mit weniger

restriktiven Maßnahmen einhergehen. Besonders stark sind die Effekte, aufgrund des Ausnahmezustands, in der ersten Phase der Pandemie. Rovny et al. (2022) zeigen in ihrer Analyse von Expertenbefragungen aus 31 europäischen Ländern, dass die Präferenz von Parteien zu restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen durch ihre Position auf einer kulturellen GAL-TAN-Achse erklärt werden können. Dafür machen sie insbesondere die unterschiedliche Betonung von Bürgerrechten in der Parteiprogrammatik verantwortlich, was sich auf ihre Präferenzen im Pandemiemanagement auswirkt. Auch zeigt sich die Positionierung auf einer ökonomischen Rechts-Links-Achse als signifikanter Einfluss. Folglich präferieren ökonomisch rechte Parteien weniger restriktive staatliche Maßnahmen.

Für Deutschland untersucht Behnke und Person (2022) den Einfluss der Parteiideologie der Landesregierungen auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer. Dabei argumentieren sie, dass die Entscheidung über Coronamaßnahmen verschiedene Issue-Dimensionen betreffen und Regierungen sich grundlegend an der Abwägung zwischen Eingriffen in individuelle Rechte und dem kollektiven Gesundheitsschutz orientieren, welche durch ihre Parteiideologie gefiltert wird. Die Parteiideologie der jeweiligen Landesregierungen wird dabei als Proxy aus mehreren Issue-Dimensionen der Bundestagsprogramme von 2017 als Index berechnet. Die bivariate quantitative Untersuchung der Restriktivität der Infektionsschutzverordnungen der Bundesländer bis Januar 2021 zeigt, dass Regierungen, die individuellen Freiheitsrechten mehr Gewicht geben weniger restriktivere Infektionsschutzmaßnahmen erlassen. Jedoch schwankt die Stärke des Zusammenhangs auch über den Zeitverlauf. Ebenfalls können Person et al. (2023) unter Annahme desselben Arguments in einer Untersuchung der Umsetzung der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zu gemeinsamen Coronamaßnahmen der Bundesländer den Effekt von Parteiideologien nachweisen. Die Befunde zeigen, dass Länder in denen die FDP, Grünen oder LINKE mitregieren, Beschlüsse der MPK weniger strikt umgesetzt werden. Besonders hoch sind die Abweichungen der Landesregierungen bei einem größeren Adressatenkreis und stärkerem Eingreifen in individuelle Rechte.

Aus dem aktuellen Forschungsstand wird deutlich, dass Parteien eine moderate, aber sichtbare Rolle im Pandemiemanagement von Regierungen spielen und einen Einfluss auf die Restriktivität der Coronamaßnahmen haben. Insbesondere in Ländern in denen Wahlen bevorstehen, konnte es zu einer schnellen Politisierung kommen. Des Weiteren zeigt der Forschungsstand, dass die Coronapandemie weder als ökonomischer noch kultureller Issue allein betrachtet werden kann und als maßgeblich die Abwägung von individuellen Rechten des Einzelnen und der Gesundheit der Gemeinschaft identifiziert wird. Ebenfalls ist zu sehen, dass auch andere

Faktoren die Reaktionen von Regierungen auf Corona beeinflusst. So zeigt sich die pandemische Lage, durch die Infektionszahlen als maßgeblicher Treiber für die Verschärfung der Coronamaßnahmen (Behnke & Person, 2022; Jahn, 2023; Plümper & Neumayer, 2022). Bedeutsam sind zusätzlich finanzielle sowie medizinische Ressourcen von Staaten, welche unterschiedliche Voraussetzung zur Krisenreaktion mit sich bringen (Bollyky et al., 2023; Egger et al., 2021; Jahn, 2023; Toshkov et al., 2022). Ebenfalls ist auch das institutionelle Setting ausschlaggebend für die Restriktivität der Maßnahmen. So schränken Vetospieler den Handlungsspielraum von Regierungen ein und hemmen eine sehr restriktive Pandemiepolitik (Egger et al., 2021; Jahn, 2023). Schließlich zeigt der Forschungsstand, dass Parteieneffekte entweder in Form von parteiprogrammatischen Indices oder als Rechts-Links Achse eingeordnet untersucht werden, obwohl einiges dafür spricht, dass diese Betrachtungen eher ungeeignet sind, um tatsächlich den unterschiedlichen Einfluss von Parteien zu betrachten (Zohnhöfer, 2023).

3. Theoretischer Teil

Der theoretische Teil soll zunächst dazu dienen, die rechtlichen Voraussetzungen der Infektionsschutzmaßnahmen zu erläutern, um den Spielraum der Regierungen zu verdeutlichen. Daraufhin werden die grundlegenden Herleitungen von Parteidifferenzen vorgestellt. Daran anschließend soll mittels der Betrachtung von Corona als parteipolitischer Issue die Auswahl einer Herleitung begründet und ein theoretisches Argument formuliert werden. Dies bietet die Möglichkeit, Hypothesen über den Zusammenhang der Parteien und der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen abzuleiten.

3.1 Rechtliche Voraussetzungen der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer

Das Grundgesetz mit den Grundrechten eröffnet den Handlungs- und Entscheidungsspielraum des Staates und gilt aufgrund Art. 31 GG auch uneingeschränkt für die Landesregierungen. Um den Bürger vor willkürlichen Rechtseingriffen zu schützen, schreibt das Grundgesetz vor, dass jedes staatliche Handeln auf einem Gesetz beruhen und für sich verhältnismäßig sein muss (Kingreen & Poscher, 2020: 156f.). Dieses Verhältnismäßigkeitsprinzip, dass in der Pandemie großer öffentlicher Diskussion ausgesetzt war (Boehme-Neßler, 2020), fordert vier Bedingungen damit eine grundrechtseinschränkende Maßnahme bestand hat (Degenhart, 2020: 158–160). Sie muss einem legitimen Zweck folgen, als Mittel geeignet und erforderlich sowie als solche angemessen sein. Die Belastung darf dabei nicht außer Verhältnis zum Zweck stehen.

Vor allem bei Letzterem eröffnet sich ein Spielraum zur Abwägung zwischen Grundrechtspositionen und Zweckerfüllung. Steigt dabei die Problemlage, rechtfertigt dies intensivere Grundrechtseingriffe. Diese juristischen Voraussetzungen sind im Pandemiemanagement der Bundesländer deutlich.

So prägten die Bundesländer, mangels eigener Vollzugskompetenz des Bundes, das Pandemiemanagement in Deutschland maßgeblich (Behnke & Person, 2022: 64). Grundlage für ihr Handeln ist das Infektionsschutzgesetz (IfSG) des Bundes. Dieses ermächtigt mit §32 IfSG die Landesregierungen mittels Rechtsverordnung Ge- und Verbote zur Pandemiebekämpfung zu erlassen (Gerhardt, 2021: 392). Zusätzlich können die Landesregierungen die Ermächtigung zur Rechtsverordnung auch auf andere Stellen übertragen (§32 S.2 IfSG), beispielsweise auf einzelne Ministerien. Erlaubt sind dabei Eingriffe in eine Vielzahl an Lebensbereichen durch verschiedene nicht abschließend benannte Maßnahmen, die dem Zweck des Gesetzes dem Infektions- und Gesundheitsschutz dienen sollen (§§28, 28a IfSG). Gerade deshalb haben Gerichte den Behörden bei der Frage der Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit einen großen Entscheidungsspielraum zukommen lassen (Winterhoff, 2020). Folglich haben die Länder, welche für den Schutz der Bürger im Landesinneren zuständig sind, bereits kurz nach Pandemiebeginn von der Ermächtigung des IfSG Gebrauch gemacht und eigene Rechtsverordnungen erlassen (Bundesrechtsanwaltskammer, 2022). Die ersten Infektionsschutzmaßnahmen wurden bereits am 12.03.2020 bei einem Bund-Länder-Treffen vereinbart und außerordentlich schnell umgesetzt (Behnke & Person, 2022: 64). Mangels Formalisierung nutzen die Länder dafür diverse Normgefüge und Zuständigkeiten, was zu sehr unterschiedlichen Infektionsschutzverordnungen führte (Behnke & Person, 2022: 64). Folglich mussten einige Infektionsschutzverordnungen bereits in den ersten Wochen nach Verkündung auf Unklarheiten korrigiert werden. Aber nicht nur formal, sondern auch bezüglich ihres Inhalts und Regelungsbereiches unterscheiden sich die Verordnungen zwischen den Ländern stark. So greifen die Maßnahmen teilweise unterschiedlich intensiv in Freiheitsrechte ein und sind unterschiedlich restriktiv über den Zeitverlauf (Behnke & Person, 2022: 64f.).

In Betrachtung des Rechtsrahmens wird deutlich, dass die Landesregierungen als zentrale Akteure im Infektionsschutz einen erheblichen Spielraum in der Art ihres Pandemiemanagements hatten. Insbesondere in der inhaltlichen Ausgestaltung konnten sie aufgrund der großen und neuen Herausforderung der Pandemie die offene Gesetzgebung nutzen, um eigene Strategien zu entwickeln, was auch mit einer unterschiedlich restriktiven Einschränkung von Freiheiten einhergehen konnte.

3.2 Parteieneffekte in der Policy-Forschung

Die Frage „Do parties matter?“ (Beyme, 1984: 404) wird in der Policy-Forschung bereits seit langem diskutiert und erforscht. Dabei haben sich zwei dominante Herleitungsansätze ergeben wie die Unterschiede in politischen Outputs von Regierungen unterschiedlichen Couleurs erklärt werden können (Wenzelburger, 2023: 69f.).

3.2.1 Vote-Seeking

Der erste Herleitungsansatz nimmt an, dass Parteien vorrangig Stimmenmaximierer sind und daher den Präferenzen ihrer Wähler folgen, um ihre Wiederwahl zu sichern (Wenzelburger, 2023: 69). Dabei geht der Vote-Seeking-Ansatz auf die klassischen Annahmen von Douglas A. Hibbs (1977) zurück. Diese besagen, dass es in Gesellschaften klar-abtrennbare soziale Gruppen gibt, welche mit distinktiven wirtschaftspolitischen Präferenzen einhergehen. An den Präferenzen wiederum orientieren sich die politischen Parteien und setzen die Präferenzen ihres Wählerklientels in Regierungsverantwortung um (Schmidt, 1996: 156). Zwar haben diese klassischen Annahmen aufgrund des Auflösens von sozialen Milieus und dem Abschwächen ökonomischer Konfliktlinien Kritik erfahren (Zohlnhöfer, 2013: 268), jedoch kann unter der Berücksichtigung der zugenommenen Diversifizierung der Wählerschaft trotzdem der grundlegende Kausalmechanismus bestehen bleiben. Es kann somit weiterhin aus der Vote-Seeking Perspektive argumentiert werden, dass unterschiedliche Parteien in Regierungen unterschiedliche Policies produzieren, „weil sich Regierungen an den Präferenzen der Wähler orientieren und diese so verteilt sein können, dass ideologisch klar abgegrenzte Policies die Chancen auf Wiederwahl maximieren“ (Wenzelburger, 2023: 72).

3.2.2 Policy-Seeking und der agency-based approach

Der zweite Herleitungsansatz geht davon aus, dass Parteien primär ihr Programm und ihre präferierten Policies umsetzen möchten (Wenzelburger, 2023: 69). Dabei lassen sich Parteiendifferenzen aus der Policy-Seeking Perspektive unterschiedlich herleiten. In Abgrenzung zur Mandatstheorie argumentieren vor allem neuere Überlegungen, dass diese aus den regierenden Akteuren selbst hervorgehen (Wenzelburger, 2023: 73–75). Der „agency-based approach“ von Wenzelburger und Zohlnhöfer (2021: 1060) geht davon aus, dass die parteipolitischen

Entscheider aufgrund unterschiedlicher Kernideologien, in Form von grundlegenden gemeinsamen Werten, Normen und Überzeugungen zur Erreichung von Zielen, verschiedene Policies präferieren und diese in Regierungen umsetzen. Dabei sorgen zwei Mechanismen für die Ausprägung der Kernideologien in den Parteiliten: Die Wahl der Partei und die Sozialisation in der Partei.

Geht man von einer burkeschen Definition aus, sind Parteien „a body of men united, for promoting by their joint endeavours the national interest, upon some particular principle in which they are all agreed“ (Burke, 1770: 110). Es finden sich also Gleichgesinnte zusammen, welche gemeinsame Ziele verfolgen und umsetzen möchten (Zohlnhöfer, 2013: 268). Somit haben Parteimitglieder trotz individueller Differenzen auch eine grundlegende gemeinsam Gründungs- bzw. Beitrittswillen. Folglich argumentieren Wenzelburger und Zohlnhöfer (2021: 1058), dass die initiale Entscheidung von Mitgliedern einer Partei beizutreten von der programmatischen und ideologischen Übereinstimmung mit dieser getrieben wird (Wenzelburger & Zohlnhöfer, 2021: 1058). In der Konsequenz sollte somit der programmatische Unterschied zwischen Parteien größer sein als innerhalb der Parteien, was im aggregiert Zustand zu Parteidifferenzen aufgrund der Policy-Präferenzen der Parteimitglieder führt (Wenzelburger & Zohlnhöfer, 2021: 1058).

Die Sozialisation als zusätzlicher psychologischer Prozess in derartige Gruppe bewirkt dabei, dass sich die Positionen der Parteimitglieder über Zeit weiter annähern. Besonders deutlich wird dies bei karriereorientierten Mitgliedern, welche ursprünglich aus reinem Eigeninteresse einer Partei beitreten (Wenzelburger & Zohlnhöfer, 2021: 1058f.). So entwickeln Parteien ihre Policies im Diskurs ausgehend von einem Status Quo, auf den sich die Mitglieder geeinigt haben. Um im Aushandlungsprozess nicht als illoyal betrachtet zu werden, muss also erstens jedes Mitglied diesen Ausgangspunkt akzeptieren. Zweitens würde ein erhebliches Abweichen vom Parteikonsens die weitere parteipolitische Karriere gefährden (Wenzelburger & Zohlnhöfer, 2021: 1059), da zukünftige Eliten auf die Zustimmung der anderen Mitglieder angewiesen sind (Best et al., 2010: 171).

Da Parteiliten selbst einmal nur ‚einfache‘ Parteimitglieder waren, am innerparteilichen Diskurs teilnehmen und eine politische Karriere in ihrer Partei durchlaufen haben, ist davon auszugehen, dass auf sie die Mechanismen ebenfalls Auswirkung haben (Wenzelburger & Zohlnhöfer, 2021: 1059). Hinzukommt, dass Eliten auch für ihre aktuelle Stellung immer wieder Bestätigung unter den Mitgliedern suchen müssen. Es ist somit zu erwarten, dass parteipolitische

Eliten ähnliche Ansichten wie ihre Parteien vertreten (Wenzelburger & Zohlhöfer, 2021: 1059). Da politische Entscheider oft mit einem hohen Maß an Zeitdruck und Unsicherheit konfrontiert sind und nur bedingt-rational entscheiden können, wird diese Kernideologie folglich auch zur Entscheidungshilfe (Wenzelburger, 2023: 76; Wenzelburger & Zohlhöfer, 2021: 1059), was zu Parteiendifferenzen im Output führt. Eliten sind also nicht nur Vertreter ihrer Wähler, sondern ebenfalls mit eigenen Präferenzen ausgestattet, welche durch Sozialisierung in einer politischen Partei geformt wurden. (Wenzelburger & Zohlhöfer, 2021: 1059f.).

Auch wenn Wenzelburger und Zohlhöfer (2021: 1061f.) ihren Ansatz empirisch stützen können, soll der agency-based approach aus Perspektive des Policy-Seekings den Wettbewerb um Wählerstimmen nicht negieren. Denn die initiale Idee zu einer Policy kann vielleicht aus der Partei heraus entstehen, ihr Bestand ist aber stark kontextabhängig (Wenzelburger & Zohlhöfer, 2021: 1062). So kann politischer Wettbewerb die Policy-Ideen nachschärfen oder abändern. Hingegen kommt die Kernideologie der Eliten insbesondere dann zur Geltung, wenn es sich um neue und komplexe Issues handelt, welche schnell entschieden werden müssen und unter hoher Unsicherheit bezüglich ihrer Wirkung stehen.

3.3 Theoretisches Argument

Da die beiden theoretischen Ansätze über das Auftreten von Parteiendifferenzen in Regierungs-Outputs nicht trennscharf sind, sondern Vote- und Policy-seeking Effekte gleichermaßen auftreten können (Wenzelburger, 2023: 76), muss zunächst eine genauere Betrachtung von Corona als parteipolitischer Issue erfolgen, um abzuschätzen, inwieweit Wettbewerb die Präferenzen der Parteieliten verzerrt. Das erlaubt im Anschluss daran Hypothesen über den Einfluss der einzelnen in den Landesregierungen vertretenen Parteien zu formulieren.

3.3.1 Coronapandemie als parteipolitischer Issue

Um die Rolle des Parteienwettbewerbs bezüglich politischer Issues, wie der Coronapolitik genauer betrachten zu können, hat die Policy-Forschung verschiedene Anhaltspunkte identifiziert. Eine erste notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für den Einfluss von Parteienwettbewerb ist die Salienz des Issues in der Wählerschaft (Zohlhöfer & Engler, 2023: 4). So ist davon auszugehen, dass nur bei einem für die Wähler relevanten Thema ihre Wahlentscheidung auch Einfluss auf Policies haben kann (Wenzelburger & Zohlhöfer, 2021: 1060). Mangels Datengrundlage wird auf den bundesweiten Trend zurückgegriffen, der sich nicht erheblich von

den Ländertrends unterscheiden sollte. Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen (2023a, 2023b) zu den wichtigsten Problemen in Deutschland im Jahr 2020 und 2021 zeigen dabei deutlich, dass die Coronapandemie für die Bürger bis in den Jahresanfang 2021 hinein das bedeutendste Issue im Untersuchungszeitraum war.

Weiterhin wird der Wahlzeitpunkt als relevant für Wettbewerbseffekte gesehen, da Parteien bei bevorstehenden Wahlen Parteien stärker um Wählerstimmen werben müssen (Wenzelburger, 2023: 76f.; Zohlnhöfer, 2013: 269). Betrachtet man die Wahltermine im und nach dem Untersuchungszeitraum, fanden im Großteil der Länder keine Landtagwahl statt (Tagesschau, 2020b). Nur in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurde am 15.03.2021 gewählt, womit Parteienwettbewerb dort im Untersuchungszeitraum eine Rolle spielen könnte.

Auch ist für die Intensität des Parteienwettbewerbs wichtig, ob die Regierung unter hohe elektorale Unsicherheit steht und bei Wahlen mit dem Verlust des Amtes rechnen müssen (Wenzelburger & Zohlnhöfer, 2021: 1060). Dem widersprechen erstens die hohen Zufriedenheitswerte mit dem Krisenmanagement der Landesregierungen im April und Mai 2020 (Kühne et al., 2020: 2–4). Zweitens sprechen auch die stichprobenartigen Wahlumfragen verschiedener Institute im Untersuchungszeitraum gegen elektorale Unsicherheit (DAWUM, 2023). Dabei kann sogar eher ein ‚Rally Around the Flag‘-Effekt in steigenden Umfragewerten beobachtet werden.

Ebenfalls bedingt die Struktur des politischen Systems das Vorhandensein von Parteienwettbewerb, insbesondere die Möglichkeit der Wählerschaft einzelnen Parteien Verantwortung für Regierungshandeln zuzuschreiben (Wenzelburger, 2023: 77). Bereits in den rechtlichen Voraussetzungen wurde deutlich, dass Akteuren auf mehreren Ebenen bei der Planung und Umsetzung der Coronamaßnahmen beteiligt waren. So haben die Landesregierungen Verbote auf Basis des IfSG des Bundes bestimmt, hingegen umgesetzt und geahndet wurden diese durch die kommunalen Infektionsschutzbehörden der Länder (Winterhoff, 2020). Hinzutreten die Versuche auf Ebene der Bundesländer die Maßnahmen durch die MPK und Bund-Länder-Konferenz zu koordinieren und gemeinsame Maßnahmenpakete abzustimmen (Person et al., 2022: 170, 2023: 7). Das Coronamanagement in Deutschland zeugte damit aus Wählerperspektive von dem Zusammenspiel verschiedener Kräfte auf allen Ebenen (Engler & Zohlnhöfer, 2022: 91f.), was die konkrete Verantwortungszuschreibung bezüglich der Restriktivität gegenüber der Landesregierung zumindest teilweise erschwert haben müsste.

Hinzukommt das Corona als Issue mit enormer Unsicherheit einhergeht (Behnke & Person, 2022: 66). Nicht nur ist es eine neue, seit der Spanischen Grippe nicht dagewesene,

Herausforderung, auch kann das Ausbreitungsgeschehen sowie die Wirksamkeit von Maßnahmen insbesondere zum Pandemiebeginn nur schwer vorausgesehen werden (Adolph et al., 2021: 212). Es ist somit zu vermuten, dass dies die Bildung von Wählerpräferenzen deutlich erschwert hat. Zusätzlich hat Corona als Issue die Abwägung mehrerer Konfliktlinien gegeneinander nötig macht (Behnke & Person, 2022: 67), sodass es bei Wählern mit festen sozialen Interessensgruppen (Zohlnhöfer, 2013: 267) zu diffusen Präferenzen kommen könnte: Beispielsweise könnten Menschen mit niedrigem Einkommen sowohl restriktive Maßnahmen fordern, da sie stärker gesundheitlichen Risiken der Pandemie ausgesetzt, als auch permissive, da sie möglicherweise erheblicher von ökonomischen Folgen des Lockdowns betroffen sind.

In der Subsumtion spricht wenig für einen starken Wettbewerb im ersten Pandemiejahr in den Bundesländern, womit zu erwarten ist, dass die Entscheidungen der Regierungen über die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen nicht durch die Wählerschaft, sondern überwiegend durch die parteipolitische Kernideologie beeinflusst wurde. Diese spielt gerade bei Corona als neuer Issue eine Rolle, weil Parteien nur schwer auf bereits bestehende Programme zurückgreifen können (Egger et al., 2021: 5). Folglich wirkt die Kernideologie der Regierungsparteien als ideologische Brille für die Entscheider in der Wahrnehmung des Problemdrucks der Coronapandemie, was bei unterschiedlicher Stärke der Parteien in Regierungen zu unterschiedlichen Outputs führen sollte (Behnke & Person, 2022: 66f.; Rovny et al., 2022: 1156).

3.3.2 Parteifamilien und die Präferenzen zu Infektionsschutzmaßnahmen

Für den agency-based approach eignet sich die individuelle Betrachtung von Parteifamilien, anders als aggregierte Programmdateien und Links/Recht Dichotomien, die von Autoren zur Untersuchung von Parteiendifferenzen im Pandemiemanagement herangezogen wurden (Behnke & Person, 2022; Jahn, 2023). Denn geht man erstens davon aus, dass Parteizugehörigkeit von Eliten für die Policy-Formulierung entscheidend und Parteiendifferenzen Ausdruck einer ihnen zugrundeliegenden Kernideologie dieser Parteien ist, bildet ein Argument über Parteifamilien, welche Parteien anhand ihrer Ideologie einordnen, den kausalen Zusammenhang eher in seiner vollen Länge ab (Zohlnhöfer, 2023: 84). Zweites handelt es sich bei Corona um ein multidimensionales Issue, das schwer auf eine Konfliktlinie zu fassen ist und unter anderem eine gesundheitspolitische, Law-and-Order und sozio-ökonomische Dimension umfasst (Jahn, 2023: 572f.; Rovny et al., 2022: 1157). Abstrahiert man diese, unter Berücksichtigung der juristischen Betrachtung von Grundrechten, steht im Zentrum der Entscheidung von Eliten die Abwägung

der Freiheitsrechte des Individuums (Freiheit der Arbeit, Selbstentfaltungsfreiheit, Freizügigkeit etc.) gegenüber dem kollektiven Gesundheitsschutz (Behnke & Person, 2022: 67; Egger et al., 2021: 5). Dabei hat sich in der Moralpolitik, welche Regierungen vor ähnliche Abwägungen unterschiedlicher Rechte stellt und wo es ebenfalls schwer ist, Probleme auf einer einzigen Konfliktlinie zu definieren (Budde et al., 2018: 430; Engler & Dümig, 2016: 550; Mai et al., 2023: 11), der Einsatz von Parteienfamilien zur Analyse von Parteiendifferenzen als erfolgreich erwiesen (Zohlhöfer, 2023: 82).

Im Folgenden soll daher aufbauend auf dem agency-based approach der Policy-Seeking Perspektive und unter der Annahme von Parteifamilien theoretische Zusammenhänge zwischen der Stärke der einzelnen Regierungsparteien in den Landesregierungen (unabhängige Variable) und der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen (abhängige Variable) aufgestellt werden. Hierzu ist anzumerken, dass dies nicht die einzige Möglichkeit ist theoretische Zusammenhänge zum Einfluss von Parteien im Pandemiemanagement aufzustellen wie die Literatur gezeigt hat. Dieses ausführliche theoretische Argument soll eine mögliche und plausible Herangehensweise in der Betrachtung des Untersuchungsgegenstands aufzeigen.

Von den zehn Parteifamilien, welche Klaus von Beyme (1984: 36f.) in seiner extensiven historischen Studie zur Entwicklung von Parteien in Westeuropa identifiziert und welche jeweils auf einer eigenen formativen Grundideologie fußen (Jahn, 2022: 481), finden sich vier Parteifamilien in Regierungen der Bundesländer wieder: Christdemokratische Parteien, Sozialdemokratische/sozialistische Parteien, liberale Parteien, ökologische Parteien¹. Wohl am einfachsten zu verorten sind dabei liberale Parteien. Entstanden als Gegenbewegung zum Obrigkeitsstaat (Beyme, 1984: 36), kennzeichnet die Ideologie von liberalen Parteien ein Glaube in das Gute im Menschen und an die Eigenverantwortung des Einzelnen (Beyme, 1984: 47). Diese ideologischen Wurzeln gehen zusätzlich mit der Überzeugung an die individuelle Freiheit und rechtliche Gleichheit sowie den Schutz der Bürgerrechten vor staatlicher Intervention einher (Beyme, 1984: 54; Budde et al., 2018: 432). Sind also politische Entscheider von einer liberalen Kernideologie geprägt, ist zu erwarten, dass sie bei der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen deutlich mehr auf die Eigenverantwortung des Individuums setzen und zu weniger restriktiven Maßnahmen neigen. In Deutschland ist die FDP die Repräsentantin der liberalen

¹ Die Landesregierungsparteien wurde anhand der Analyse von Beyme (1984) eingeordnet und über PACOGOV (Schmidt et al., 2021) validiert. Letztere orientieren sich weitestgehend an diesen Parteifamilien.

Parteien. Ihre liberale Ideologie wird dabei an ihrem stark propagierten Freiheitsgedanken deutlich (Schmidt, 2021: 93–95).

H1: Eine stärkere Beteiligung der FDP an einer Landesregierung geht mit permissiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher.

Christdemokratische Parteien sind als Reaktion auf das laizistische System entstanden (Beyme, 1984: 36). Dabei sind sie Ausdruck und Fortentwicklung des politischen Katholizismus, welcher die Kernideologie dieser Parteien prägt (Beyme, 1984: 116–118). Deutlich wird dies an einem grundlegenden Verständnis einer fest strukturierten Gesellschaft und (gottgegebenen) Ordnung (Beyme, 1984: 128), in welcher das Individuum Teil einer Gemeinschaft ist und diese ihren Zusammenhalt durch die Unterstützung der Schwächeren ausdrückt. Zwar ist die Befürwortung von Staatsintervention zurückgegangen (Beyme, 1984: 130f.), jedoch sehen Christdemokraten weiterhin den Staat als Korrektiv für gesellschaftliche Entwicklungen an, was sich besonders in ihrer Moralpolitik zeigt (Beyme, 1984: 129). Sind politische Eliten folglich durch eine christdemokratische Ideologie geprägt sollten sie restriktive Infektionsschutzmaßnahmen umsetzen. Dabei gilt dieses Argument nur für Infektionsschutzmaßnahmen, welche nicht Fragen einer Impfpflicht umfassen, da religiöse Parteien Eingriffe in den Körper eher ablehnen könnten (Jahn, 2023: 573). In den deutschen Bundesländern repräsentiert die CDU und CSU diese Parteienfamilie. Geprägt von den christlichen Grundwerten haben sich beiden Parteien zu klassen- und konfessionsübergreifenden Volksparteien entwickelt (Schmidt, 2021: 83f.). Zwar geht mit dieser Position eine programmatische Flexibilität einher, doch drückt sich die grundlegende Ideologie besonders in Akzeptanz- und Pflichtwerten aus (Schmidt, 2021: 86).

H2: Eine stärkere Beteiligung der CDU/CSU an einer Landesregierung geht mit restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher.

Eine besonders diverse Parteifamilie sind die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Gerade bei dieser ist es durch die unterschiedliche Entwicklung einzelner Parteien schwerer eine einheitliche Kernideologie festzustellen (Beyme, 1984: 97). Mit den Ursprüngen in der traditionellen Arbeiterbewegung geht ihr ideologisches Verständnis mit dem Staat als Mittel der Gesellschaft einher (Beyme, 1984: 97f.), welcher regulierend in soziale Prozesse eingreift und Missstände korrigiert (Jahn, 2023: 573). Im Zentrum steht dabei die kollektive Solidarität (Mai et al., 2023: 14) und die Bekämpfung von Unsicherheit der ‚Schlechter gestellten‘, welche gerade in der Pandemie größeren gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind (Patel et al., 2020). Demgegenüber liegt ihrer Kernideologie auch die Befreiung des Individuums von

gesellschaftlich-geschaffenen Hürden zugrunde, welche Selbstentfaltung und -verwirklichung verhindern (Budde et al., 2018: 431). Folglich sind die ideologischen Grundlagen für die Herleitung von Präferenzen zur Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien gegenläufig und es kommt auf die Ausprägung des letzteren Elements an, wie restriktiv die Pandemiepolitik ist, der sie folgen. Im deutschen parteipolitischen Kontext fallen in diese Familie die SPD und DIE LINKE².

Insbesondere die SPD hat einen Wandel von einer revolutionären Weltanschauungspartei zu einer programmatisch-weiteren Volkspartei durchlaufen (Schmidt, 2021: 89). Gerade wegen der eher traditionalistischen Prägung der Sozialdemokratie durch Verteilungsfragen (Engler & Dümig, 2016: 552; Kitschelt, 1988: 232), stehen Themen der sozialen Gerechtigkeit in ihrem Zentrum (Schmidt, 2021: 89). Da sich die Ideologie der SPD primär an Interessen des Kollektivs orientiert, ist zu erwarten, dass sich dieser Teil der Kernideologie in der Pandemiepolitik widerspiegelt.

H3: Eine stärkere Beteiligung der SPD an einer Landesregierung geht mit restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher.

Die LINKE hat hingegen als noch junge Partei vermutlich eine stärkere Prägung durch die gesellschaftlichen Entwicklungen der Neuen Linken und links-liberaler Werte erfahren (Kriesi et al., 2006: 939). Folglich stehen neben dem kollektivistischen Solidaritätsstreben als Arbeiterpartei auch radikalere gesellschaftliche Modernisierungsprozesse im Zentrum ihrer Ideologie (Neu, 2021: 604), welche, im Vergleich zur SPD, stärker mit dem Glauben an Selbstbestimmung und Ablehnung gesellschaftlicher Zwänge einhergehen sollten (Budde et al., 2018: 431). Zusätzlich könnte die historische Erfahrung mit dem DDR-Regime (Neu, 2021: 599) zumindest zu erhöhter Vorsicht bei starken Beschränkungen von Freiheitsrechten beitragen.

H4: Eine stärkere Beteiligung der LINKEN an einer Landesregierung geht mit eher restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher.

² Die LINKE wird aufgrund der divergierenden Einordnung in der Literatur, unterschiedlicher historischer Strömungen und programmatischer Heterogenität (Schmidt, 2021: 98f.), die mit dem Zusammenschluss aus PDS und WASG einherging sowie dem Wandel der Kategorien und Bezeichnungen linker Parteien (Beyme, 2002: 78), als (links-)sozialistische Partei im Sinne der Parteifamilien nach von Beyme (1984: 36) eingeordnet. Eine Einordnung als sozialistische Partei findet sich auch in anderen Publikationen wieder (MARPOR: Lehmann et al. (2023); PARLGOV: Döring et al. (2023)).

Die ökologischen bzw. grünen Parteien, die aus der ökologischen Bewegung entstanden sind (Beyme, 1984: 37), sind ebenfalls schwerer einzuordnen. Einerseits steht im Zentrum ihrer Ideologie die Bekämpfung des Klimawandels als kollektiv-partizipatives Projekt der Weltgemeinschaft, was sich auch in ihren Organisations- und Partizipationsformen widerspiegelt (Müller-Rommel, 1985: 491). Andererseits sorgt der Wertewandel der 70er Jahre für eine starke post-materialistische und libertäre Prägung, was mit dem Glauben in individuelle Autonomie (Budde et al., 2018: 432), dem Schutz von (Minderheiten-)Rechten und Egalitätsstreben (Müller-Rommel, 1984: 4) einhergeht. Zwar ist ihre Ideologie damit gemeinwohlorientierter als die der liberalen Parteien, jedoch geht auch sie mit der Ablehnung der Beschränkung individueller Freiheiten einher, was dazu führt, dass Entscheider mit einer grünen Ideologie wohl restriktiven Infektionsschutzmaßnahmen kritisch gegenüberstehen. Betrachtet man hier das deutsche Bündnis 90/Die Grünen, welche aus ökologischen und Bürgerrechtsgruppen entstanden ist und sich zu einer pragmatischen Regierungspartei entwickelt hat, finden sich trotzdem diese Kernideologie wieder (Schmidt, 2021: 95f.).

H5: Eine stärkere Beteiligung der Grünen an einer Landesregierung geht mit eher permissiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher.

Die erwarteten Einflüsse der Landesregierungsparteien auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen werden in Tabelle (Tab.) 1 zusammengefasst. Dabei wird von CDU/CSU, SPD und LINKE (eher) restriktive und von Grünen und FDP (eher) permissive Maßnahmen vermutet.

Tabelle 1: Zusammenfassung der vermuteten Einflüsse der Parteien auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen

Parteien	Erwartete Einflüsse
CDU/CSU	++ (restriktiv)
SPD	++ (restriktiv)
DIE LINKE	+ (eher restriktiv)
Bündnis 90/Die Grünen	- (eher permissiv)
FDP	-- (permissiv)

4. Forschungsdesign

Im folgenden Teil wird das Forschungsdesign genauer erläutert. Zunächst wird auf die Fallauswahl und den Untersuchungszeitraum eingegangen. Es folgen die Erläuterung und Begründung der Untersuchungsmethode. Schließlich werden die Variablen operationalisiert und die Datengrundlagen vorgestellt.

4.1 Fallauswahl und Untersuchungszeitraum

Die Untersuchung betrachtet die 16 deutschen Bundesländer im Zeitraum vom Verabschieden der ersten Infektionsschutzmaßnahmen im März 2020 bis März 2021, was damit knapp drei Infektionswellen umfasst (Robert Koch-Institut, 2023a). Dabei erlaubt die Betrachtung substaatlicher Einheiten nicht nur eine genauere disaggregierte Analyse des Pandemiemanagements in Deutschland, sondern sie eignet sich auch für das Untersuchen von Parteeffekten gut, da die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sehr ähnlich sind und somit bereits im Vorhinein auf weniger zusätzliche Effekte kontrolliert werden muss (Beyme, 1984: 410). Die Analyseeinheit ist aufgrund der Datenverfügbarkeit Länder nach Monaten.

4.2 Forschungsmethode

Ziel der quantitativen Forschungsmethode ist es, den Effekt der Parteien in den Landesregierungen auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen unter Kontrolle externer Einflüsse darzustellen. Dazu findet zuerst eine deskriptive Betrachtung der Panel-Daten statt. Um dem TSCS-Format der Daten gerecht zu werden, soll daraufhin in einem ersten Analyseschritt die Datenstruktur aus Längsschnitt- und Querschnittsdaten zerlegt und die Forschungsfrage anhand wiederholende multiple Querschnitt-Regressionen unter der Hinzunahme von Kontrollvariablen untersucht werden (Wenzelburger et al., 2014: 130). Dieses Vorgehen erlaubt dabei verschiedene Zeitpunkte in der Pandemieentwicklung zu vergleichen und festzustellen, wann Parteien besonders zu Geltung kommen (Behnke & Person, 2022: 75–77). Aufgrund der geringen Fallzahl und unter der Achtung der Freiheitsgrade können in den Querschnitten nur wenige Kontrollvariablen inkludiert werden (Wenzelburger et al., 2014: 8).

In einem zweiten Schritt sollen die Ergebnisse der Querschnitt-Regressionen durch die Analyse des vollen Panels validiert werden. Zwar ermöglicht das Poolen der Daten eine höhere Fallzahl und somit auch die Hinzunahme zusätzlicher Kontrollvariablen, jedoch müssen dabei auch

statistische Schwierigkeiten wie Heteroskedastizität und insbesondere serielle Autokorrelation aufgrund der Panelstruktur hingenommen werden (Budde et al., 2018: 439). Um auf diese Probleme zu reagieren, werden gepoolte Regressionen mit Panel-korrigierten Standardfehlern und Prais-Winsten AR(1) Korrektur sowie einer gelagten abhängigen Variable (um eine Einheit) verwendet (Beck & Katz, 1995: 645). Neben der Berücksichtigung zeitlicher Effekte durch die gelagten abhängigen Variable argumentiert Jahn (2023: 579) ebenfalls für die Inklusion von Zeit-Dummies (time fixed effects). Denn gerade zeitliche Effekte könnten in der Pandemie durch das Auftreten von besonderen Ereignissen und dem sich verändernden wissenschaftlichen Diskurs, aber auch Protesten gegen Maßnahmen und „pandemic fatigue“ (World Health Organization, 2020: 4) stark sein. Folglich wird zur Robustheit der Ergebnisse das Grundmodell mit und ohne die Inklusion von Zeit-Dummies für das Panel berechnet, da es bei der Inklusion gelagerter abhängiger Variablen und Zeit-Dummies zur Absorption von Varianz kommen kann (Plümper et al., 2005: 338). Länder-Dummies (country fixed effects) hingegen werden nicht inkludiert, da sie die hier interessante Varianz zwischen den Ländern absorbieren (Plümper et al., 2005: 331) und die Effekte sich wenig verändernder unabhängigen Variablen unterschätzen (Jahn, 2023: 579). Sowohl in den Querschnitt-Regressionen als auch in den gepoolten Regressionen werden gemeinsame Modelle für FDP und Grüne sowie für CDU/CSU, SPD und LINKE berechnet, da in den Gruppen theoretisch gleichgerichtete Effekte erwartet werden (Budde et al., 2018: 439).

4.3 Operationalisierung

Im Folgenden werden die der Untersuchung zugrunde liegenden Variablen operationalisiert und die Datengrundlage erläutert. Zunächst wird die abhängige Variable (AV) erläutert und im Anschluss daran die primäre unabhängige Variable (UV) und die Kontrollvariablen (KV) spezifiziert.

4.3.1 Abhängige Variable: Die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen

Die AV, die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer, wird über einen durch ein Forschungsprojekt von Behnke und Person (2022) erstellten Restriktivitätsindex (RI) erfasst. Für diesen Index wurde im Untersuchungszeitraum die gültigen Coronaverordnungen

der Bundesländer jeweils zur Mitte des Monats³ (13 mittlere Kalenderwochen als Messzeitpunkte mit Montag als Stichtag) erfasst und mittels qualitativer Inhaltsanalyse als numerische Daten manuell kodiert (Behnke & Person, 2022: 67f.). Dabei geht der Index aus 35 Regelungsbereichen bzw. Einzelitems⁴ hervor (Tab.2).

Tabelle 2: Regelungsbereiche des Restriktivitätsindex nach Behnke und Person (2022: 68)

<i>Dimensionen</i>	<i>Einzelitems</i>
Allgemeine Hygienebestimmungen	Hygienemaßnahmen Maskenpflicht Bußgeldkatalog Hygiene
Kontaktbeschränkungen und Versammlungsverbote	Kontaktbeschränkungen im privaten Raum Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum Ausgehverbote Bewegung / Aufenthalt im öffentlichen Raum Versammlungen im öffentlichen Raum Veranstaltungen Gottesdienste Beerdigungen Bußgeldkatalog Kontakte
Kita und Schulen	Angebot Kinderbetreuung Umfang Systemrelevanz Schulschließung Durchführung von Prüfungen
Handel und Gewerbe	Einzelhandel / Verkaufsstellen Einkaufszentren Dienstleistungsbetriebe Körperpflege Ausnahmen zur Sicherstellung des alltäglichen Lebens
Gastronomie	Restaurants (Innengastronomie) Restaurants (Außengastronomie) Take-Away Mensen, Kantinen Schankwirtschaft
Tourismus	Hotels Ferienwohnungen, Privatquartiere, Jugendherbergen Campingplätze Busreisen
Sport und Freizeit	Profisport Sportanlagen Bäder, Saunen Fitnessstudios, Tanzschulen Sonstige Sporteinrichtungen Spielplätze

³ Die Maßnahmen im März 2020 wurden auch zum Monatsende erfasst. Mangels Angaben im Codebook ist zu vermuten, dass aufgrund der massiven Korrektur der ersten Maßnahmen eine zweite Messung stattfand. Um gleiche Abstände zwischen den Einheiten zu gewährleisten, wurde diese Messung ausschließlich in den Querschnitt-Regressionen berücksichtigt (siehe auch Behnke und Person (2022)).

⁴ Die Ausprägung der Einzelitems wurde auf theoretischer Basis hergeleitet, womit die Maximalwerte nicht die empirisch, sondern theoretisch denkbar strengste Regelungen umfassen (Behnke und Person, 2022: 80).

Diese wurden zu sieben inhaltlichen Dimensionen bzw. Teilindices zusammengefasst und ergeben damit zu gleichen Teilen den Gesamtindex. Damit umfasst der Index den Großteil der Regelungsbereiche der Infektionsschutzmaßnahmen auf Landesebene, welche diverse grundrechtlich geschützte Verhaltensweisen beinhalten. Nur drei Bereiche, Quarantänefragen, Betretungsverbote für Pflegeeinrichtungen und Regelungen zu Krankenhäusern und dem Gesundheitssystem, wurden wegen ihrer besonders technischen Natur und ihren Detailregelungen nicht im Index berücksichtigt (Behnke & Person, 2022: 67f.). Der Gesamtindex der Restriktivität der Landesverordnungen drückt das arithmetische Mittel der Teilindices aus und hat einen Wertebereich von 0 bis 100. Damit ist 100 der Zustand maximaler Restriktivität, also absolute Verbote in allen Regelungsbereichen. Hingegen drückt 0 den Zustand unter keinen Einschränkungen aus. Somit implizieren höhere Werte in der AV restriktivere Maßnahmen (Behnke & Person, 2022: 68).

4.3.2 Unabhängige Variable und Kontrollvariablen

Die primäre UV, die Stärke der Parteien in den Landesregierungen, wird über die durchschnittlichen Kabinettsitzanteile (in Prozent) der in dem jeweiligen Monat in den Landesregierungen vertretenen Parteien berechnet. Ändert sich die Regierungszusammensetzung nach der Mitte eines Monats wird dies im Folgemonat dargestellt. Die Kabinettsitzanteile wurden dabei über offizielle (archivierte) Regierungswebseiten und die Koalitionsverträge bestimmt und berechnet. Folglich gehen höhere Werte mit einer stärkeren Vertretung der Partei in der Landesregierung einher. Mangels Ausprägung in anderen Regierungen außer Bayern kann die Stärke der Freien Wähler nicht als eigenen Variable berücksichtigt werden, da ihre eine dichotome Wirkung zukäme. Auch lassen sich die Freien Wähler aufgrund ihrer diversen und teilweisen konträren Programmatik theoretisch nicht in eine der anderen Parteifamilien integrieren (Eith, 2012: 152; Walther & Angenendt, 2018: 342).

Es können zusätzlich aus der Literatur weitere Kontrollvariablen identifiziert werden. Dabei zeigte sich vor allem die pandemische Entwicklung als relevanter Faktor. Geht man davon aus, dass Regierungen auf Problemdruck reagieren müssen (Obinger, 2023: 37), kann vermutete werden, dass die Landesregierungen restriktivere Infektionsschutzmaßnahmen erlassen, wenn sie mit höheren Infektionszahlen konfrontiert sind. Besonders da dies rechtlich gerechtfertigt ist. Um den Problemdruck der Pandemie darzustellen, wurde deshalb die 7-Tage-Inzidenz zum Messzeitpunkt der AV gewählt, welche die Neuinfektionen der letzten sieben Tage pro 100.000

Einwohner misst. Dieser Indikator war dabei sowohl in der Öffentlichkeit als auch für Regierungshandeln eine der wichtigsten Richtgröße in der Pandemie (Behnke & Person, 2022: 69f.). Zudem könnten ökonomische Überlegungen von Regierungen einen Einfluss auf das Pandemiemanagement haben (Egger et al., 2021: 4). Somit ist zu vermuten, dass Regierungen bei einer schlechten ökonomischen Stellung, einer weiteren ökonomischen Verschlechterung durch restriktive Maßnahmen zuvorkommen wollen. Mangels makroökonomischer Daten für eine Periodisierung nach Monaten dient die Arbeitslosenquote der Bundesländer als Indikator für die ökonomische Situation eines Landes (Woeckener, 2019: 177). Es folgt die Vermutung, dass eine höhere Arbeitslosenquote im Vormonat mit weniger restriktiven Infektionsschutzmaßnahmen einhergeht.

Vetospiele und intentionelle Hürden werden ebenfalls als bedeutend für die Implementation von Infektionsschutzmaßnahmen gesehen (Egger et al., 2021; Jahn, 2023). Zwar gibt es in den Bundesländern keine weiteren institutionellen Vetospiele mit direktem Einfluss, jedoch haben sich in der Literatur auch Verfassungsgerichte als relevante Akteure gezeigt (Engst, 2017: 283f.; Wenzelburger, 2015: 674). Auch wenn diese nicht mit direkter Vetomacht ausgestattet sind, sprechen Argumente für einen indirekten Einfluss ihrerseits. Dabei wird davon ausgegangen, dass Regierungen juristische Entscheidungen von Verfassungsgerichten antizipieren, was zu einer Anpassung der geplanten Policies führt (Engst, 2017: 284). Diese Antizipationswirkung kann aus der Funktion der Verfassungsgerichte abgeleitet werden. So wie Zivil- und Strafgerichte ihrerseits für ökonomische Handlungssicherheit sorgen, ist die Aufgabe der Verfassungsgerichte die Sicherung der Gewaltenteilung und der Grundrechte. Das führt dazu, dass bereits potenzielle Beteiligte an einem verfassungsgerichtlichen Verfahren von der Verletzung geschützter Rechtsgüter absehen (Flick, 2008: 246). Zwar unterliegen alle Bundesländer der gleichen Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts, jedoch haben die Bundesländer auf Landesebene ihr Landesverfassungsgerichtsbarkeit unterschiedlich stark ausgebaut. Folglich sollten stärker Landesverfassungsgerichte in den Bundesländern mit permissiveren Infektionsschutzmaßnahmen einhergehen, da Regierungen bei zu restriktiven Maßnahmen ein Einschalten der Gerichte antizipieren. Die Stärke der Landesverfassungsgerichte wird dabei in Form eines eigens aktualisierten Index von Flick (2008) berücksichtigt, welche die unterschiedlichen Kompetenzen der Gerichte sowie ihre individuelle Zugänglichkeit für den Bürger numerisch darstellt und als z-standardisierte Summenwerte beider Teildimensionen zusammenfasst.

Weiterhin wird auf die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum mittels eines Dummies kontrolliert. Es wird vermutet, dass die Regierungen, mit Herannahen der Wahl, Eingriffe zurückfahren, um die Wähler weniger stark zu belasten und Wählerstimmen zu gewinnen (Pulejo & Querubín, 2021: 2). Neben den ökonomischen könnten sich ebenfalls die medizinischen Ressourcen als ein relevanter Einfluss für die Einführung von Infektionsschutzmaßnahmen erweisen, da sie bestimmen, wie hoch die Resistenz des Gesundheitssystems gegen die Pandemie ist (Egger et al., 2021: 4). Insbesondere die verfügbaren Intensivbetten waren bei der Coronaerkrankung von Bedeutung. Folglich sollte eine höhere durchschnittliche Verfügbarkeit von Intensivbetten im Vormonat mit weniger restriktiven Infektionsschutzmaßnahmen einhergehen, da Regierungen das Aufrechterhalten des Gesundheitsschutzes somit einfacher garantieren können. Auch Gesundheitsminister mit einem medizinischen-akademischen oder beruflichen Hintergrund könnten einen Unterschied machen. So kann vermutet werden, dass sie ihr Handeln eher vom kollektiven Gesundheitsschutzes leiten lassen und ihren Einfluss im Kabinett nutzen um auf restriktivere Infektionsschutzmaßnahmen hinzuwirken (Toshkov et al., 2022: 1014). Dies wird ebenfalls mittels eines Dummies geprüft. Die genaue Operationalisierung und Datenherkunft werden im Anhang zusammengefasst (Tab.A.1).

5. Empirische Analyse

Im folgenden Teil werden zunächst die Daten deskriptiv erläutern. Daraufhin werden die Ergebnisse der wiederholten Querschnitt-Regressionen sowie der gepoolten Regressionen vorgestellt und anhand von Robustheitstests validiert. Die Implikationen der Ergebnisse für das theoretische Argument werden anschließend kritisch diskutiert und eingeordnet.

5.1 Deskriptive Betrachtung der Datenlage

Zunächst soll die deskriptive Statistik einen ersten Überblick über die Datenlage bieten. Betrachtet man die Entwicklung des Restriktivitätsindex in den einzelnen Bundesländern über den Untersuchungszeitraum (Abbildung A.1), zeigt sich eine große Ähnlichkeit im Verlauf der Restriktivität der Maßnahmen. Dabei sind zwei Restriktivitäts-Spitzen, im März 2020 sowie im Dezember 2021 auszumachen. In den dazwischen liegenden Sommermonaten ist in allen Ländern die Bewegung hin zu kontinuierlich permissiveren Maßnahmen zu betrachten. Varianzen sind besonders im Niveau der Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen über die Sommermonate

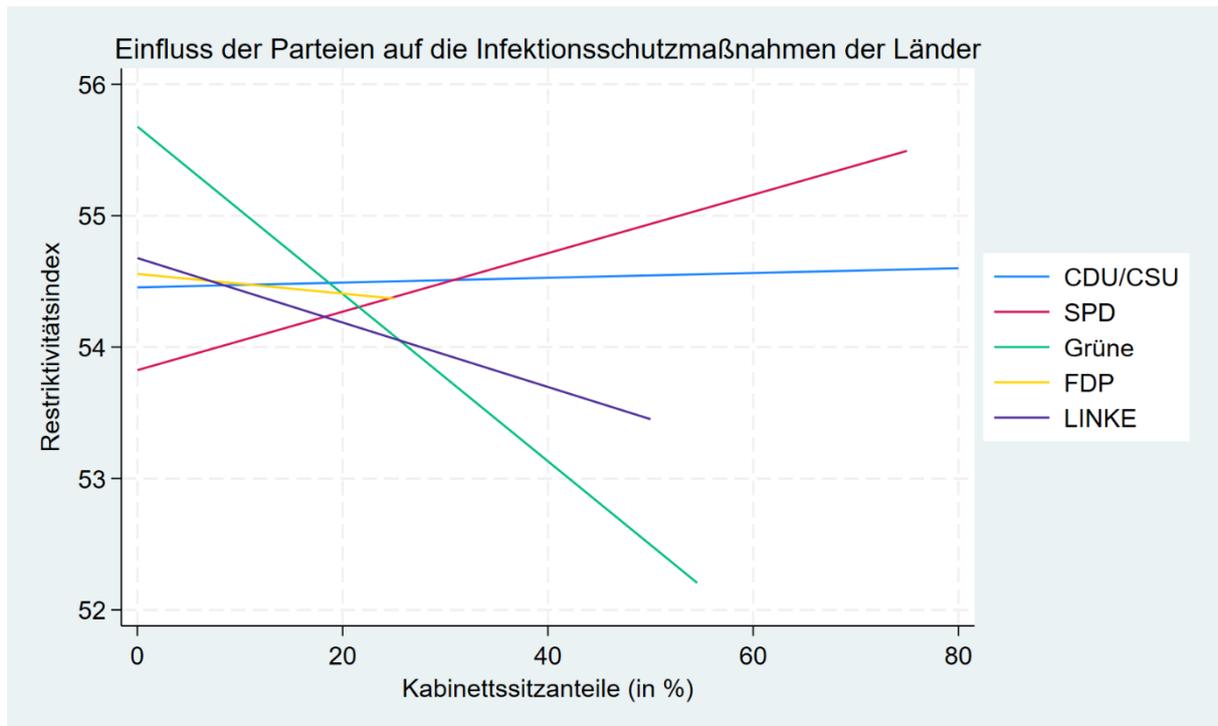
und im Niveau der im Winter wieder erlassenen restriktiveren Maßnahmen zu erkennen. Auffällig ist Bremen, da dort über den Sommer weniger gelockert, aber auch zum Winter hin nicht wieder die Restriktivität stark angezogen wurde. Zudem weist die sonst ähnliche Entwicklung in den Ländern über Zeit bereits auf erwartbare serielle Autokorrelation in den Panel-Daten hin. Das durchschnittlich restriktivste Maßnahmeniveau findet sich für Bayern.

Weiterhin zeigt die Betrachtung der deskriptiven Maßzahlen der einzelnen Variablen, dass zu keinem Zeitpunkt in einem Bundesland volle Restriktivität in allen Dimensionen des Index vorliegt (Tab.A.2). Die Zerlegung der Varianzen zeigt dabei zwar, dass der Index nicht überraschend stärker über die Zeit als zwischen den Ländern variiert, doch kann auch der Max/Min-Vergleich zwischen den Ländern einen teilweise erheblichen Unterschied von fast 10 Punkten feststellen. Das Minimum des Restriktivitätsindex zeigt zusätzlich, dass dabei kein Zeitraum ohne etablierte Maßnahmen vorliegt.

Ebenfalls ist festzuhalten, dass vor allem die FDP aber auch die LINKE, die nur in Thüringen die Mehrheit der Kabinettsitzanteile innehat, im Vergleich mit den anderen Parteien durchschnittlich nur schwach in den Landesregierungen des betrachteten Zeitraums vertreten sind. So umfasst der durchschnittliche Kabinettsitzanteil von FDP nur 4,255 % und der LINKEN 6,218 %. Der Blick auf die Kontrollvariablen zeigt, dass die Arbeitslosenquote aber auch die Infektionszahlen, trotz starker Varianz über Zeit, auch zwischen den Ländern nicht unerheblich variieren und für die Erklärung der Varianz zwischen den Ländern bedeutend sein können. Auch zeigt die zerlegte Varianz der Freien Intensivbetten im Vormonat, dass die Robustheit des Gesundheitssystems deutlich zwischen den Bundesländern variiert.

Betrachtet man zusätzlich den graphischen Zusammenhang des Kabinettsitzanteils der einzelnen Parteien mit der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen (Abbildung 1) geht hervor, dass SPD und CDU einen (leicht) positiven Zusammenhang auszeichnet. Wobei der Zusammenhang für die SPD deutlich stärker positiv ist als der Zusammenhang der CDU. Grüne, FDP und LINKE hingegen gehen mit einem (leicht) negativen Zusammenhang einher. Interessanterweise deutet dabei der Zusammenhang der Grünen mit dem Index auf einen stärker negativen Einfluss als der Zusammenhang der FDP mit dem Restriktivitätsindex. Ebenfalls zeigt sich bei den KSA aller Parteien, außer bei der LINKEN, die theoretisch erwartete Richtung des Zusammenhangs.

Abbildung 1: Linearer Zusammenhang der Parteien in den Landesregierungen mit der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen



5.2 Ergebnisse der empirischen Analyse der Querschnitte

Die Tabellen A.4 und A.5 fassen die Ergebnisse der Modelle der wiederholenden Querschnitts-Regressionen zusammen. Diese umfassen die Koeffizienten mit Signifikanzniveau sowie das korrigierte R^2 der Modelle. Wie bereits erläutert, können in den Modellen der Querschnitts-Regressionen nur zwei zusätzlich Kontrollvariablen integriert werden. Folglich wird auf den pandemischen Problemdruck als auch die ökonomischen Situationen der Länder geprüft. Nicht nur handelt es sich dabei um zentrale Faktoren der bereits ergangenen Forschung, auch gilt der Problemdruck als eine grundlegende Einflussvariable für Parteieneffekte (Wenzelburger, 2023: 88). Ferner erweisen sich beide Variablen hier als empirisch robusteste Schätzer. Die Ergebnisse zeigen, dass signifikante Parteieneffekte nur in wenigen Querschnitten nachgewiesen werden können. So finden sich allein in zwei Querschnitten signifikante Einflüsse von Parteien auf den Restriktivitätsindex.

Wird zunächst nur die Richtung der Zusammenhänge über die Querschnitte hinweg betrachtet, ist der KSA der CDU/CSU mit dem Restriktivitätsindex weitestgehend positiv korreliert. Noch deutlicher ist dies für den Zusammenhang der KSA der SPD. Bei den KSA der LINKEN hingegen zeigt sich keine kohärente Richtung des Zusammenhangs. Wohingegen für diese der

Koeffizient zu Beginn der Pandemien noch ein positives Vorzeichen ausweist, wendet sich der Zusammenhang von Mai bis November 2020 konstant negativ. Ein positives Vorzeichen kann dabei erst wieder nach November 2020 gefunden werden. Der Zusammenhang der KSA der Grünen mit dem Restriktivitätsindex erweist sich überwiegend negativ korreliert. Auch für die KSA der FDP kann über die Querschnitte hinweg keine einheitliche Richtung des Zusammenhangs mit dem Index festgestellt werden. So ist hier das Vorzeichen der Koeffizienten zu Beginn der Pandemie positiv, und wechselt im Juni 2020 ins Negative. Ein positiver Zusammenhang wird dabei erst wieder am Januar 2021 gefunden. Ein signifikanter Einfluss von Parteien auf den Restriktivitätsindex kann indes nur im April 2020 und März 2021 für die KSA der CDU/CSU, der SPD und der Grünen festgestellt werden. Der Zusammenhang von LINKEN und FDP bleibt über alle Querschnitte hinweg insignifikant.

Betrachtet man zusätzlich die beiden Kontrollvariablen, ist zu sehen, dass die 7-Tage-Inzidenz über die Modelle mit einem überwiegend positiven Zusammenhang einhergeht. Signifikante Effekte können dabei aber ebenfalls nur in April 2020 und März 2021 gefunden werden. Die Arbeitslosenquote im Vormonat ist besonders auffällig. So kann zum Beginn der Pandemie ein überwiegend signifikant negativer Zusammenhang mit dem Restriktivitätsindex ausgemacht werden. In den Sommermonaten wendet sich dieser jedoch zu einem überwiegend signifikant positiven Zusammenhang. Zum Winter jedoch ändert sich die Richtung erneut ins Negative, aber mit insignifikanten Effekten. Deutlich wird auch, dass mit Blick auf die korrigierten R^2 der Modelle diese jeweils nur einen geringen Teil der Varianz in der AV erklären können. So wird nur zu sechs (Tab.A.3) bzw. acht (Tab.A.4) Messzeitpunkten ein korrigiertes R^2 größer als 0,2 gefunden. Die höhere Robustheit der Querschnitt-Modelle für die KSA der FDP und Grünen können dabei wahrscheinlich auf die geringere Variablenzahl bei gleichbleibenden Fällen zurückgeführt werden.

Des Weiteren sollen die Modelle mit signifikanten Effekten genauer betrachtet werden (Tab.3). Dies zeigt, dass die Stärke der Parteeffekte in beiden Messzeitpunkten sehr ähnlich ist. Modell 1 und 2 zeigen dabei die Effekte für April 2020. Der stärkste positive Zusammenhang kann bei der LINKEN gesehen werden. Auch ist dieser auf einem 5 %-Niveau signifikant. Steigt der KSA der LINKEN in Model 1 um ein Prozent, steigt der Restriktivitätsindex um 0,193 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). An zweiter Stelle steht der KSA der CDU/CSU. Steigt dieser in Model 1 um ein Prozent, steigt der Restriktivitätsindex um 0,15 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Dieser Effekt ist ebenfalls auf einem 5 %-Niveau signifikant. Der Zusammenhang der KSA der SPD mit dem Index ist nur auf einem 10 %-Niveau signifikant. Steigt dieser in Model 1 um ein

Prozent, steigt der Restriktivitätsindex um 0,093 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Auch der Effekt für die Grünen ist nur auf einem 10 %-Niveau signifikant. Steigt der KSA der Grünen in Model 2 um ein Prozent sinkt der Index um 0,106 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Die Koeffizienten der KSA der FDP bleibt insignifikant, weist aber in eine negative Richtung. Modell 3 und 4 zeigen die Effekte für März 2021. Die Stärke der Effekte bleibt weitestgehend erhalten. Nur der Zusammenhang der KSA der LINKEN mit dem Restriktivitätsindex verliert seine Signifikanz. Der Zusammenhang für den KSA der Grünen hingegen ist in Modell 4 stärker negativ und auf einem 5 %-Niveau signifikant. Die Richtung des Zusammenhangs der 7-Tage-Indizienz ist in allen vier Modellen weitestgehend positiv, mit sehr ähnlicher Effektstärke und einem Signifikanzniveau zwischen 5 und 10 % (außer Model 3). Hingegen ist der Effekt der Arbeitslosenquote in den ersten Modellen signifikant negativ auf einem 5 %-Niveau, verliert aber die Signifikanz in Modell 3 und 4.

Tabelle 3: Ergebnisse der Querschnitte von April 2020 und März 2021 zum Einfluss der Parteien der Landesregierungen auf die Infektionsschutzmaßnahmen

RI	(1) April 2020 (KW 14)	(2)	(3) März 2021 (KW 11)	(4)
KSA	0,150**		0,166**	
CDU/CSU	(0,051)		(0,060)	
KSA SPD	0,093*		0,117*	
	(0,050)		(0,061)	
KSA LINKE	0,193**		0,150	
	(0,080)		(0,124)	
KSA Grüne		-0,106*		-0,179***
		(0,053)		(0,050)
KSA FDP		-0,101		-0,050
		(0,091)		(0,090)
7-Tage-Inzidenz	0,019**	0,017*	0,005	0,005*
	(0,008)	(0,009)	(0,004)	(0,002)
Arbeitslosenquote	-1,218**	-1,257**	-0,446	-0,521
	(0,525)	(0,505)	(0,635)	(0,406)
Konstante	69,172***	81,949***	51,397***	66,220***
	(4,809)	(3,919)	(6,951)	(4,119)
<i>N</i>	16	16	16	16
<i>R</i> ²	0,708	0,608	0,561	0,636
Korr. <i>R</i> ²	0,562	0,466	0,342	0,504

Standardfehler in Klammern

* $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

Mit Blick auf die korrigierten R^2 können die Modelle in diesen beiden Zeitpunkten deutlich mehr der Varianz des Restriktivitätsindex zwischen den Ländern erklären als die Modelle in den anderen Zeitpunkten. Auch wurden die vier Modelle zur Robustheit der Ergebnisse Regressionsdiagnostik unterzogen. Folglich können die Ergebnisse der VIF-Tests Multikollinearität ausschließen. Auch kann über die graphische Betrachtung der Residuen Autokorrelation ausgeschlossen werden. Hingegen zeigt der Breusch-Pagan Test in Modell 1 und 2 einen leichten Hang zur Heteroskedastizität, was durch das Exkludieren von Ausreißer Bayern und Berlin weitestgehend behoben werden kann. Dies führt zu keinen deutlichen Veränderungen in den Ergebnissen.

5.3 Ergebnisse der empirischen Analyse im Panel

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse für die gepoolten Regressionen über das ganze erste Pandemiejahr hinweg, also den gesamten Untersuchungszeitraum. Modelle 5a und 5b zeigen dabei zunächst die isolierten Parteeffekte, in welchen nur auf die auch in den Querschnitten enthaltenen Kontrollvariablen (pandemischer Problemdruck und ökonomische Situation) als auch auf die gelagte abhängige Variable kontrolliert wird. Zugleich werden in diesen Modellen nur für den KSA der Grünen signifikante Effekte gefunden. Indes hat der Effekt aber nur ein Signifikanzniveau von 10 %. Steigt der KSA der Grünen um ein Prozent, sinkt der Restriktivitätsindex um 0,042 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Bei den anderen Parteivariablen zeigen der KSA der CDU/CSU und SPD zumindest den theoretisch erwarteten Zusammenhang mit der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen an. Der KSA der FDP ist hier entgegen der Annahme positiv und der KSA der LINKEN negativ mit dem Restriktivitätsindex assoziiert. Dies entspricht dabei auch weitestgehend den Ergebnissen des graphischen bivariaten Zusammenhangs.

Die Modelle 6a und 6b (Tab.4) betrachtet die Parteeffekte unter dem Einschluss aller Kontrollvariablen. Auffällig ist dabei, dass nun alle Parteivariablen den theoretisch erwarteten Zusammenhang mit dem Restriktivitätsindex ausweisen. Außerdem können deutlich signifikantere Effekte für die KSA der CDU/CSU, SPD und den Grünen gefunden werden. So sind diese alle auf einem 1 %-Niveau signifikant. Dabei ist die Effektstärke der signifikanten Parteivariable deutlich höher. Steigt der KSA der CDU/CSU in Modell 6a um ein Prozent, steigt auch der Restriktivitätsindex um 0,12 Prozentpunkte (*ceteris paribus*).

Tabelle 4: Ergebnisse des Einflusses der Parteien in den Landesregierungen auf die Infektionsschutzmaßnahmen (gepoolte Regression)

	(5a)	(5b)	(6a)	(6b)	(7a)	(7b)
Restriktivitätsindex						
KSA CDU/CSU	0,011 (0,029)		0,120*** (0,039)		0,048** (0,022)	
KSA SPD	0,036 (0,026)		0,171*** (0,044)		0,036 (0,023)	
KSA LINKE	-0,034 (0,051)		0,060 (0,048)		0,033 (0,032)	
KSA Grüne		-0,042* (0,022)		-0,147*** (0,039)		-0,056*** (0,021)
KSA FDP		0,050 (0,032)		-0,064 (0,076)		0,057 (0,045)
7-Tage-Inzidenz	0,009*** (0,002)	0,009*** (0,002)	0,006*** (0,002)	0,005*** (0,002)	0,001* (0,001)	0,001* (0,001)
Arbeitslosenquote	-0,211 (0,339)	-0,142 (0,257)	-1,030** (0,513)	-0,479 (0,527)	0,534** (0,233)	0,723** (0,308)
Stärke der Landesverfassungsgerichte			-0,351 (0,655)	-0,190 (1,035)	0,578* (0,319)	1,125** (0,543)
Landtagswahlen			0,283 (1,750)	1,994 (2,007)	2,325** (1,140)	1,928 (1,317)
Freie Intensivbetten an Bevölkerung (in %)			-1079,380*** (322,651)	-1040,884*** (331,555)	62,186 (109,601)	36,373 (81,946)
Medizinischer Hintergrund Gesundheitsminister			-4,299** (1,198)	-2,905* (1,513)	0,534 (0,629)	1,529** (0,772)
Restriktivitätsindex (t-1)	0,668*** (0,109)	0,670*** (0,110)	0,539*** (0,102)	0,543*** (0,108)	0,483*** (0,090)	0,458*** (0,094)
Konstante	12,531* (6,485)	13,918** (6,898)	30,297*** (7,760)	38,624*** (9,666)	32,726*** (5,792)	37,194*** (6,237)
Zeit-Dummies	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
N	192	192	192	192	192	192
R ²	0,738	0,736	0,780	0,770	0,947	0,951
Korr. R ²	0,728	0,727	0,767	0,757	0,940	0,945

Prais-Winsten Panel-korrigierte Standardfehler in Klammern; * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

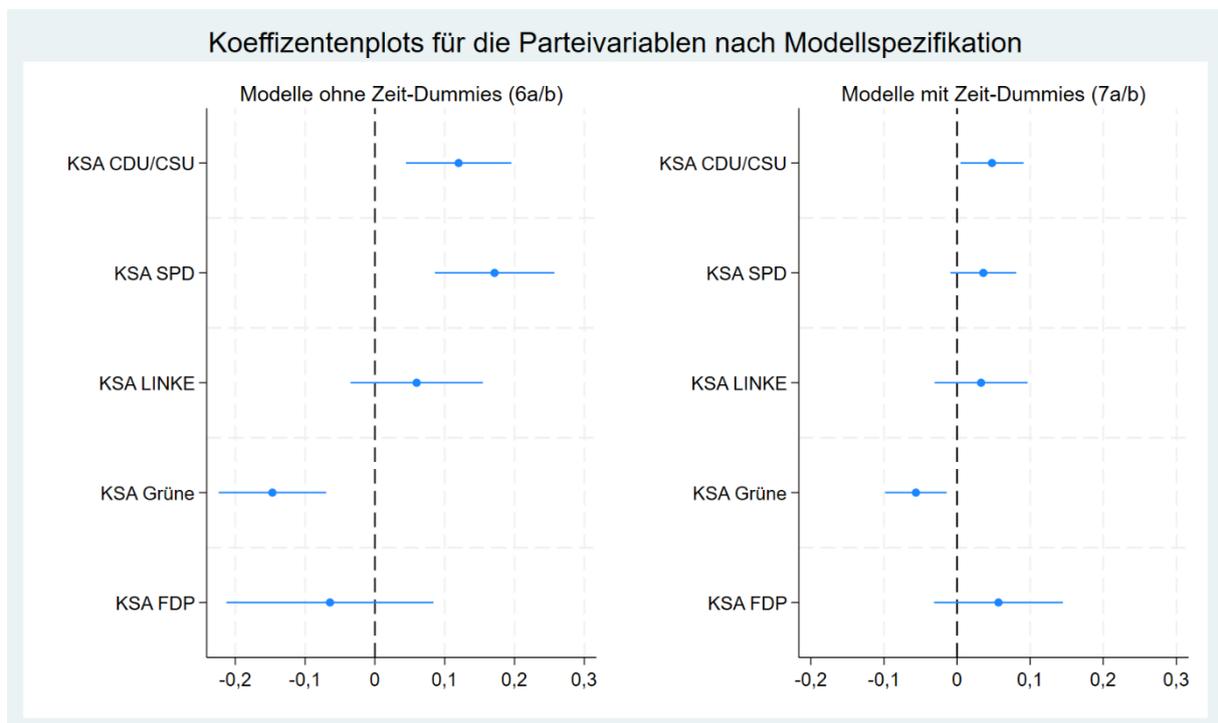
Steigt hingegen der KSA der SPD um ein Prozent, steigt auch der Index um 0,171 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Womit die Effektstärke der SPD sogar höher ist als die der CDU/CSU. Nimmt der KSA der Grünen in Model 6b um ein Prozent zu sinkt der Index um 0,147 Prozentpunkte. Die Effekte für die KSA der LINKEN und FDP bleiben auch in diesem Model insignifikant.

In den Modellen 7a und 7b werden neben den Kontrollvariablen auch auf die zusätzlichen temporalen Effekte mit der Inklusion der Zeit-Dummies geprüft. Deutlich wird zunächst, dass die Effektstärke im Vergleich zu den Modellen ohne die Zeit-Dummies (6a und 6b) wieder weitestgehend abnimmt. Zwar zeigen weiterhin alle Parteivariablen außer die KSA der FDP die theoretisch erwartete Richtung an, doch werden auch weniger signifikante Parteeffekte gefunden. Folglich erweist sich sowohl der KSA der CDU/CSU als auch der KSA der Grünen auf einem 5 %-Niveau signifikant. Steigt der KSA der CDU/CSU in Modell 7a um ein Prozent, steigt der Restriktivitätsindex um 0,048 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Steigt hingegen der KSA der Grünen in Model 7b um ein Prozent, sinkt der Index um 0,056 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Das Kontrastieren der Ergebnisse der Modelle unter Beachtung aller Kontrollvariablen mittels Koeffizientenplots (Abbildung 2) verdeutlicht, dass Parteeffekte in den Modellen unter Einschluss der Zeit-Dummies deutlich schwächer ausfallen und sich auffälliger in Richtung der Referenzlinie orientieren. Konstante signifikante Effekte sind nur für die CDU/CSU und Grünen auszumachen.

Folglich soll auf die Kontrollvariablen eingegangen werden. Bereits in den Modellen 4a/b kann ein auf dem 1 %-Niveau signifikanter Zusammenhang der 7-Tage-Inzidenz mit dem Restriktivitätsindex ausgemacht werden. Steigt die 7-Tage-Inzidenz in den Modellen 4a/b um eins, steigt der Index um 0,009 Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Ebenfalls kann dieser Effekt mit leicht veränderter Stärke auch unter dem Hinzuziehen weiterer Kontrollvariablen gefunden werden (Modelle 5a/b). Selbst wenn stärker auf die zeitliche Varianz kontrolliert wird (Modelle 7a/b) bleibt die 7-Tage-Inzidenz immer noch auf einem 10 %-Niveau signifikant, mit einer Effektstärke von 0,001. Die Ergebnisse deuten, wie erwartend auf eine starke Erklärkraft des pandemischen Problemdrucks, selbst wenn nur die Varianz zwischen den Ländern betrachtet wird. Die Arbeitslosenquote im Vormonat ist in den Modellen 5a-6b weitestgehend insignifikant, aber deutet zumindest auf einen negativen Zusammenhang hin. Nur in Modell 6a kann dabei ein signifikanter Effekt ausgemacht werden (*p*-Wert 0,05). Wird hingegen auf die Zeit-Dummies kontrolliert, findet sich ein positiver Zusammenhang mit dem Restriktivitätsindex in beiden Modellen (7a/b), bei einem Signifikanzniveau von 5 %. Es zeigt sich damit dieselbe Ambiguität

der Ergebnisse wie in den Querschnitt-Regressionen. Für die Stärke der Landesverfassungsgerichte kann nur unter Einschluss der Zeit-Dummies ein signifikanter positiver Zusammenhang gefunden werden. Der Effekt der Landtagswahlen ist zwar positiv korreliert, bleibt aber weitestgehend insignifikant. Die freien Intensivbetten an der Bevölkerung im Vormonat zeigen nur in den Modellen ohne Zeit-Dummies (6a/b) eine auf einem 1 %-Niveau signifikanten negativen Effekt. Dabei ist bei der Interpretation dieses Effektes die durchschnittliche Zahl von freien Intensivbetten von 0,01 % zu berücksichtigen. Steigen die Intensivbetten um 0,01 % sinkt der Index in den Modellen 7a/b um etwa zehn Prozentpunkte (*ceteris paribus*). Für den medizinischen Hintergrund der Gesundheitsminister lassen sich in keinem der Modelle konstante signifikante Effekte finden. So deuten die Modelle 6a und b auf einen signifikant negativen Zusammenhang mit dem Index, wohingegen unter der Kontrolle der Zeit-Dummies (Modelle 7a/b) ein positiver Zusammenhang gefunden wird. Die gelagte abhängige Variable ist in allen Modellen positiv korreliert und meist sehr signifikant.

Abbildung 2: Koeffizientenplots der Ergebnisse der Parteieneffekte in den vollen gepoolten Regressionsmodellen



Es lassen sich weiterhin die korrigierten R^2 der Modelle genauer betrachtet. So können alle Modelle einen Großteil der Varianz des Restriktivitätsindex erklären. Bereits in den Modellen 5a und b, in welchen nur wenige Kontrollvariable inkludiert sind, zeigt sich ein korrigierten R^2

von über 0,7. Dies deutet dabei zusätzlich auf einen starken Einfluss der 7-Tage-Inzidenz auf das Niveau des Restriktivitätsindex. Die höchste Erklärkraft zeigt sich hingegen für die Modelle unter Einschluss der Zeit-Dummies. Hier können knapp 95 % der Varianz im Restriktivitätsindex erklärt werden.

Des Weiteren wurden alle Modelle zusätzlich Regressionsdiagnostik unterzogen, um die Gültigkeit der Regressionsannahmen zu überprüfen. Mittels der Überprüfung der unabhängigen Variablen (UV und KVs) durch eine Korrelationsmatrix kann Multikollinearität ausgeschlossen werden. Der positive Wooldrige-Test zeigt dabei auf das erwartete Vorhandensein von serielle Autokorrelation in den Daten hin und worauf die hier verwendeten Modellspezifikationen reagieren sollten. Hingegen kann Nicht-Stationarität in den Daten ausgeschlossen werden. Die Überprüfung der Heteroskedastizität über die graphische Betrachtung der Residuen als auch mittels Breusch–Pagan Tests zeigt, dass die Inklusion der gelagten abhängigen Variable erfolgreich für Homoskedastizität in der Varianz der Residuen sorgt.

Ebenfalls wurden die Regressionsmodelle mit und ohne den Einschluss der Zeit-Dummies durch Jackknifing auf Ausreißer in den Messzeitpunkten als auch in den Ländern geprüft. Dabei erweisen sich die gefundenen Partieneffekte als durchweg robust, nur der KSA der Grünen verliert unter der Exklusion von Schleswig-Holstein⁵ seine Signifikanz. Auch ist zu sehen, dass andere Partieneffekte (SPD, LINKE und FDP) sich eher in die erwartete Richtung hin als signifikant erweisen. Testet man die Modelle zusätzlich unter der Transformation der 7-Tage-Inzidenz und freien Intensivbetten im Vormonat mit dem natürlichen Logarithmus (ln) um die starke schiefe Verteilung zu korrigieren (Tab.A.5), bleiben die Partieneffekte weitestgehend unverändert. Es kann vereinzelt nur eine leicht schwächere Signifikanz ausgemacht werden. Besonders auffällig ist dies für die freien Intensivbetten.

5.4 Diskussion der Ergebnisse

In der Zusammenschau der Ergebnisse lässt sich feststellen, dass die Regierungsparteien in der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der 16 Bundesländer im ersten Pandemiejahr einen Unterschied machen können. So kann zumindest für manche Parteien festgestellt werden, dass sie mit einer stärkeren Beteiligung in einem Kabinett das Pandemiemanagement im Sinne ihrer parteipolitischen Ideologie beeinflussen. Folglich wird das theoretische Argument

⁵ Anzumerken ist, Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland im Untersuchungszeitraum mit einer Schwarz-Grün-Gelben Koalition.

gestärkt, dass parteipolitische Entscheider aufgrund der Ideologie ihrer Partei eine unterschiedliche Abwägung zwischen individuellen Freiheitsrechten und dem allgemeinen Gesundheitsschutz getroffen haben, was sich auf den Policy-Output der Landesregierungen auswirkt. Zusätzlich zeigen die Ergebnisse, dass sich die Herleitung von Parteeffekten über den agency-based approach und Partiefamilien eignet, um diese mittels verschiedener multipler Regressionsmodelle für die Entscheidung über die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen in den Bundesländern unter der Kontrolle weiterer Erklärungsfaktoren nachzuweisen. Deutlich wird auch, dass unterschiedlich starke Parteeffekte je nach verwendeter Modellspezifikation gefunden werden.

Dabei ist besonders im ersten Analyseschritt der Querschnitt-Regressionen, auffällig, dass signifikante Parteeffekte nur für zwei Messzeitpunkte gefunden werden können: April 2020 und März 2021. Unter genauerer Betrachtung beider Messzeitpunkte, handelt es sich bei diesen um Phase abnehmender Infektionszahlen (Robert Koch-Institut, 2023a). So markiert April 2020 das Ende der ersten Coronawelle, worauf ein Sommer mit geringen Fallzahlen folgte. Auch März 2021 fiel in das Ende der zweiten Welle. Des Weiteren begann in Deutschland mit dem Jahr 2021 zusätzlich die flächendeckende Impfung der Bevölkerung über Risikogruppen hinaus, welche trotz einer bevorstehenden dritten Infektionswelle im Frühjahr 2021 eine weitere Maßnahme neben der Restriktion individuelle Freiheiten darstellte. Deutlich wird dies beispielsweise in einer Aussage des Bundesgesundheitsministers Spahn, welcher von Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer in Pflegeheimen, gerade aufgrund der hohen Impfquote bei den Risikogruppen, berichtet (Phoenix, 2021: Min. 2:20). Folglich deuten die Querschnitt-Regressionen daraufhin, dass, besonders in Phasen abnehmender Bedrohung durch Corona, Parteeffekte unter der Kontrolle externer Faktoren einflussreicher wurden. Dies steht auch im Einklang mit den Ergebnissen der Literatur (Behnke & Person, 2022: 79). So könnte anknüpfend daran vermutet werden, dass in solchen Phasen Regierungen stärker vor die Abwägung zwischen dem Beibehalten von Infektionsschutzmaßnahmen und dem zurück zur ‚Normalität‘ gestellt werden. Denn gerade der Problemdruck, welcher die Maßnahmen zunächst nötig gemacht und legitimierte hatte, nimmt ab. Ebenfalls ist es bei abnehmenden Infektionszahlen deutlich unvorhersehbarer, ob die Infektionszahlen längerfristig zurückgehen oder wieder ansteigen werden. So könnten gerade Parteien, welche ideologisch eher den Gesundheitsschutz der Allgemeinheit in den Vordergrund stellen, hier deutlich stärker auf Zurückhaltung setzen als andere Parteien, die Freiheitsbeschränkungen aufgrund des effektiven Grundrechtsschutzes bereits früher aufheben.

Des Weiteren fallen die Parteeffekte in den gepoolten Regressionen unterschiedlich stark aus, je nachdem, ob auf zusätzliche temporale Effekte durch Zeit-Dummies geprüft wird. So werden in den Modellen ohne Zeit-Dummies stärkere und signifikantere Parteeffekte gefunden. Diese schwächen in den Regressionen mit solchen Dummies ab und verlieren in Teilen ihre Signifikanz. Da die Zeit-Dummies die ‚within‘-Varianz in den Bundesländern über Zeit absorbiert und nur die Varianz zwischen den Ländern zur Erklärung durch die Variable vorhanden bleibt (Budde et al., 2018: 443), lässt sich daraus schließen, dass die Parteeffekte zu einem Teil durch Veränderungen in den Ländern über Zeit beeinflusst werden. Dies bestätigt Jahn (2023) Vermutung, dass die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen, hier auch auf substaatlicher Ebene, stark durch schwer zu beobachtende dynamisch-zeitliche Effekte beeinflusst wird. So mussten Regierungen unabhängig ihres Couleurs auf die Veränderung der öffentlichen Meinung als auch auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse reagieren, welche womöglich auch zu Strategieveränderungen führen konnten. Eine solche Strategieanpassung auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse kann beispielsweise im Beschluss des Ministerpräsidenten nur noch medizinische Mund-Nasen-Bedeckungen im ÖPNV zuzulassen gesehen werden (Bundesregierung, 2021). Des Weiteren konnten als besonderes zeitliches Ereignis auch die regelmäßigen gemeinsamen Beschlüsse der MPK, durch die Homogenisierung des Pandemiemanagements der Länder dazu geführt haben, dass die Parteeffekte an Deutlichkeit verlieren.

Für die Stärke der CDU/CSU in Kabinetten werden sowohl in den Querschnitten als auch in beiden gepoolten Regressionen der theoretisch vermutete Zusammenhang nachgewiesen. So geht eine zunehmende Stärke der CDU/CSU in einer Landesregierung auch mit restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher. Hypothese 2 wird damit bekräftigt. Es ist also davon auszugehen, dass Entscheider der CDU/CSU aufgrund ihrer christdemokratischen Ideologie dem Gesundheitsschutz der Allgemeinheit eine größere Bedeutung zusprechen und daher auch zu restriktiveren Maßnahmen tendieren, um den Schutz der Gemeinschaft durchzusetzen, auch wenn dies mit erheblichen Einschränkungen von Freiheitsrechten einhergeht.

Auch kann die Untersuchung den theoretisch erwarteten Zusammenhang für die Stärke der Grünen in Landesregierungen mit der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen nachweisen. Folglich wird Hypothese 5 vorläufig bestätigt. Steigt die Stärke der Grünen in einer Landesregierung, geht dies mit eher permissiveren Infektionsschutzmaßnahmen einher. Aufgrund ihrer postmaterialistischen Wertepprägung grüner Parteien steht somit für sie der Schutz individueller Freiheitsrechte im Vordergrund, was dazu führt, dass grüne Parteeiliten in Regierungen ihren Einfluss nutzen, um im ersten Pandemiejahr auf permissivere

Infektionsschutzmaßnahmen hinzuwirken. Mangels des signifikanten Zusammenhangs der FDP kann jedoch nicht verglichen werden, ob der negative Einfluss der Grünen auch tatsächlich schwächer ist als der Einfluss der Stärke der FDP. Zwar findet diese Ergebnisse für diesen Zeitraum Anklang in der Literatur (Behnke & Person, 2022; Jahn, 2023), dabei ist aber mit Blick auf die Position der Grünen zu den Infektionsschutzmaßnahmen bei der Bundestagswahl 2021 (Jankowski et al., 2022: 69) auffällig das sich diese unterscheiden. Folglich ist es fraglich, ob die Grünen in Landesregierungen und Regierungsverantwortung die eigentlichen Präferenzen verfolgen oder ob es mit der Nähe zur Bundestagswahl eine Veränderung ihrer Strategie gab.

Der vermutete Zusammenhang für die Stärke der SPD in Landesregierungen kann nur in Teilen der Untersuchung nachgewiesen werden. Zwar kann die erwartete Richtung des Zusammenhangs durchweg beobachtet werden, jedoch verliert der Effekt der SPD seine Signifikanz in den gepoolten Regressionen unter Einschluss der Zeit-Dummies. Folglich sind die Parteeffekte der SPD auch deutlich stärker von temporalen Effekten abhängig. Hypothese 3, dass die Stärke der SPD in den Landesregierungen mit restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen einhergeht, kann also nur in Teilen angenommen werden. Zwar sorgt die parteipolitische Ideologie von Entscheidern der SPD dafür, dass sie den Schutz des Kollektivs in der Wahrnehmung der Pandemie in den Vordergrund stellen und ihren Einfluss nutzen, um restriktivere Maßnahmen umzusetzen, jedoch kann dieser Effekte unter stärker Kontrolle auf den Zeitverlauf nicht signifikant nachgewiesen werden. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass die SPD im Vergleich zur CDU/CSU in den Landesregierungen in deutlich parteipolitisch diverseren und heterogeneren Zusammensetzungen agieren muss (Bundesrat, 2023), was zu größeren Kompromisserfordernissen führen und die Abweichung vom Status quo hin zu restriktiveren Maßnahmen deutlich erschweren könnte (Wenzelburger, 2023: 77f.).

Für die Stärke der LINKEN und der FDP in Landesregierungen kann der theoretisierte Zusammenhang mit der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen nicht konsequent nachgewiesen werden. Beide Parteien zeigen zwar die erwartete Richtung des Zusammenhangs in den ersten Monaten der Pandemie in den Querschnitten, als auch in Teilen der gepoolten Regressionen. Eine ausreichende Signifikanz können die Ergebnisse beider Parteien indes aber nicht erreichen. Insbesondere in den Querschnitten ist dabei die Richtung des Zusammenhangs sehr divers und variiert stark im Untersuchungszeitraum. Hypothese 1, dass die Stärke der FDP mit permissiven Infektionsschutzmaßnahmen einhergeht und auch Hypothese 4, dass eine zunehmende Stärke der LINKEN in Landesregierungen zu eher restriktiven Maßnahmen führt, kann daher für das erste Pandemiejahr nicht bestätigt werden. Mit Blick auf die Landesregierungen

in diesem Zeitraum könnten die Ergebnisse Folge der schwachen durchschnittlichen Vertretung beider Parteien in den Landeskabinetten sein (Tab.A.2). So ist zu vermuten, dass sie aufgrund ihrer Schwäche in Landesregierungen ihre ideologische Präferenz im Aushandlungsprozessen der Kabinette schlechter durchsetzen konnten und eher Kompromisse gegenüber ihren deutlich stärkeren Koalitionspartnern eingehen mussten (Behnke & Person, 2022: 79). Zwar stellt die LINKE im Gegensatz zur FDP zumindest in einem Land den Ministerpräsidenten, dessen Staatskanzlei sich auch im Sinne des theoretischen Arguments auf Ebene der MPK äußerte (Thüringer Staatskanzlei, 2020: 6). Die mangelnde Deutlichkeit der Ergebnisse könnte jedoch daraus resultieren, dass die LINKE sich einerseits nicht als Totalopposition zu restriktiven Maßnahmen versteht und andererseits sich mit ihrer geringen Stärke, ähnlich wie im Bund womöglich auf die sozialen Auswirkungen der Pandemie fokussierte (Engler & Zohlhöfer, 2022: 80f.), wenn sie an der Koordinierung des Pandemiemanagements einer Landesregierung teilnahmen.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass die Varianz in der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen nicht allein durch die unterschiedliche Stärke der Parteien erklärt werden kann, sondern auch externe Faktoren eine Bedeutung zukommen. Betrachtet man den pandemischen Problemdruck in Form der 7-Tage-Inzidenz kann der theoretisch erwartete positive Zusammenhang überwiegend nachgewiesen werden. Zwar erweist sich diese nur in zwei Querschnitt-Regressionen als signifikant, die gepoolten Regressionen können aber die Ergebnisse validieren. Insbesondere in Letzteren haben die Infektionszahlen eine sehr hohe Erklärkraft für die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen. Folglich ist im Einklang mit der Literatur festzustellen, dass die Landesregierungen auf höhere Infektionszahlen mit restriktiveren Maßnahmen reagieren und dass dabei das Pandemiemanagement maßgeblich durch den pandemischen Problemdruck bestimmt wird.

Für die Arbeitslosenquote im Vormonat wird zumindest für den Beginn der Pandemie der erwartete negative Zusammenhang signifikant nachgewiesen. Der Wandel der Richtung des signifikanten Zusammenhangs und die Unterschiede in den Modellen der gepoolten Regressionen sind erklärungsbedürftig. Es ist möglich, dass die zunehmende Unterstützung des Bundes für die Kommunen und ostdeutschen Länder durch das Konjunkturpaket im Sommer 2020 (Bundesregierung, 2020b) und die Erweiterung des Kurzarbeitergeldes (Bundesregierung, 2020a) dafür gesorgt haben, dass die ökonomische Empfindlichkeit der Maßnahmen gesenkt wurde. Gerade weil die ökonomische Schlechterstellung der Bevölkerung auch mit höheren gesundheitlichen Risiken einherging, könnte so der Wandel zu restriktiveren Maßnahmen dazu dienen,

die vulnerable Bevölkerung ausreichend zu schützen. Die Diversität in den unterschiedlichen Modellen deutet zumindest darauf hin.

Der Zusammenhang zwischen der Stärke der Landesverfassungsgerichte und der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen ist entgegen der theoretischen Annahme in Teilen positiv korreliert und signifikant. Eine mögliche Erklärung für diesen Effekt ist die Subsidiarität des Pandemiemanagements. So sind Infektionsschutzverordnungen im Rahmen der Verordnungsgebung auf untergesetzlicher Ebene angesiedelt und können bereits durch die Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe außer Kraft gesetzt werden, ohne dass diese sich an die Landesverfassungsgerichte wenden müssen (Rath, 2021). Zwar haben manche Landesverfassungsgerichte im Sinne der Kläger Infektionsschutzmaßnahmen trotzdem für (teil) nichtig erklärt, jedoch ist die subsidiäre Zurückhaltung der Verfassungsgerichte gegenüber der Verwaltungsgerichtbarkeit beobachtbar (Konradi, 2020: 31f.). Da folglich die Landesverfassungsgerichte wahrscheinlich meist mit der Beurteilung von Maßnahmen konfrontiert waren, welche bereits die Verwaltungsgerichte als rechtmäßig befunden hatten, ist es möglich, dass die zusätzlichen Bestätigungen des verfassungsrechtlichen Spielraums durch starke Verfassungsgerichte Regierungen zusätzlich in ihrem restriktiven Pandemiemanagement bestärkt haben. So kommentierte der bayrische Ministerpräsident Söder die wenigen negativen Urteile der Verfassungsgerichte damit, dass die Politik „die richtige Balance“ (Tagesschau, 2020a: Min. 10:50) gefunden habe.

Für den Anteil der freien Intensivbetten an der Bevölkerung werden nur ohne die Inklusion von Zeit-Dummies signifikante negative Effekte gefunden und die Zeit-Dummies wiederum absorbieren diesen sehr signifikanten Effekt vollkommen. Es ist davon auszugehen, dass gerade diese Variable stark durch die Entwicklung über Zeit beeinflusst wird, was eine Moderation durch das dynamische Infektionsgeschehen wahrscheinlich macht. Folglich ist es nicht ganz auszuschließen, dass die Resistenz des Gesundheitssystems in Form der freien Intensivbetten einen Einfluss auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen hatte. Für den Dummy der Landtagwahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, und dem medizinischen Hintergrund der Gesundheitsminister ist kein oder ein nur sehr gemischter signifikanter Zusammenhang in eine kohärente Richtung in den Modellen auszumachen, wodurch fraglich ist, ob beide Variablen eine Rolle im Pandemiemanagement der Länder gespielt haben. Allgemein kann in der Untersuchung und den Robustheitschecks eine hohe Anfälligkeit der Variablen auf zeitliche Veränderungen ausgemacht werden. Gerade dies könnte die Vermutung von Behnke und Person (2022: 79) bestärken, dass bei Effekten von Variablen auf die Restriktivität der

Infektionsschutzmaßnahme in den Bundesländern Interaktionen des pandemischen Problem-drucks zu tragen kommen.

Zusätzlich unterliegen die Ergebnisse aber auch Limitationen. Ein großes Problem vor das statistische Untersuchungen zu Infektionsschutzmaßnahmen gestellt werden, ist die Einschätzung von der Reaktionszeit von Regierungen, also dem zeitlichen Lag zwischen UV bzw. KVs und AV (Jahn, 2023: 579). Vor allem für die Infektionszahlen wurde hier eine in der Öffentlichkeit sehr prominente Maßzahl gewählt, jedoch ist es nicht weniger wahrscheinlich, dass sich Regierungen an einer Vielzahl von Indikatoren orientiert haben, um das Pandemiegeschehen nachzuvollziehen und für die Zukunft zu prognostizieren (Behnke & Person, 2022: 69f.). Ebenfalls ist bei der Interpretation der Ergebnisse der Querschnitte auf das small-n Problem aufmerksam zu machen, was unter Umständen zu weniger robusten Schätzern und verzerrten Ergebnissen führen könnte. Aus diesem Grund konnte in den Querschnitten nur eine kleine Zahl weiterer Kontrollvariablen integriert werden, was zusätzlich zu einer geringeren Modellgüte beigetragen hat. Folglich wurden die Ergebnisse durch die gepoolten Regressionen validiert. Doch auch die gepoolten Regressionen gehen mit Problemen einher: Insbesondere das TSCS-Datenformat (Länder-Monate), welches der Datenverfügbarkeit geschuldet ist, könnte die Ergebnisse verzerren, da fraglich ist, ob Parteiideologie ausreichend in einer monatlichen Veränderung bedeutsam sein können (Schmitt, 2016: 1454f.). Zumindest sollte jedoch die dynamische Entwicklung des Pandemiegeschehen dazu beigetragen haben, dass Regierungen regelmäßiger Entscheidungen treffen mussten, womit dieses Problem weniger zur Geltung kommt als bei makroökonomischen Fragestellungen. Schließlich stehen Untersuchungen zum Infektionsschutz von Regierungen auch vor dem Problem nicht zu beobachtender Einflüsse. Zwar wurde auf diese mittels der Zeit-Dummies eingegangen und geprüft, doch ist es nicht auszuschließen, dass außerordentliche Ereignisse und die zeitlichen Dynamiken im Zeitraum dadurch über- oder unterbewertet wurden.

6. Schlussfolgerung

Ziel dieser Untersuchung war es, den Einfluss der Stärke der Parteien in den Kabinetten der Landesregierungen auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen zu messen, um die Varianz der Maßnahmen zwischen den Bundesländern zu erklären. Ausgehend von agency-based approach von Wenzelburger und Zohlnhöfer (2021) der Policy-seeking Perspektive wurde vermutet, dass parteipolitische Entscheider und Eliten aufgrund ihrer Mitgliedschaft und

Sozialisation durch eine der Partei zugrunde liegenden Kernideologie geprägt sind und dadurch unterschiedliche Entscheidungen in Regierungen treffen. Folglich gehen nach dieser Auffassung Parteiendifferenzen vom Parteiinneren aus und werden durch Kontextfaktoren moderiert. Nicht nur stellte die Pandemie politische Entscheider dabei vor große Unsicherheit, auch mussten sie die kritische Abwägung zwischen verschiedenen individuellen Freiheitsrechten und dem Gesundheitsschutz der Allgemeinheit treffen. Gerade weil Corona in den Bundesländern dem Parteienwettbewerb weitestgehend entzogen blieb, wirkte dabei die parteipolitische Ideologie der Entscheider als ideologische Brille. Folglich konnten Hypothesen über den Zusammenhang der Parteien in den Landesregierungen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Parteilfamilie, deren Einordnung auf grundlegenden formativen Ideologien fußen, abgeleitet werden. Es wurde somit theoretisiert, dass die Stärke der CDU/CSU, SPD und LINKEN in Landeskabinetten mit (eher) restriktiven und Grünen und FDP mit (eher) permissiven Infektionsschutzmaßnahmen einhergingen.

Die Analyse des Niveaus der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der 16 Bundesländer über monatliche Messzeitpunkte im ersten Pandemiejahr anhand wiederholender Querschnitt-Regressionen sowie gepoolter Regressionen zeigt nur in Teilen eindeutige Ergebnisse. Zwar kann größtenteils die theoretisch erwartete Richtung des Zusammenhangs für alle Parteien in den Landesregierungen nachgewiesen werden. Jedoch erweist sich die Stärke des Effekts der Parteien auf die Infektionsschutzmaßnahmen nur für manche als signifikant. So finden sich eindeutige Parteeffekte, unter der Kontrolle weiterer Erklärungsfaktoren, nur für die Stärke der CDU/CSU und der Grünen im ersten Pandemiejahr. Insbesondere die Grünen bilden dabei ein Gegengewicht in den Landesregierungen zu den Kräften, die restriktivere Maßnahmen fordern. Für die anderen Parteien bleiben die Ergebnisse weniger eindeutig, was sowohl auf diversere Koalitionszusammensetzungen als auch auf mangelnde Stärke in Landesregierungen zurückgeführt werden könnte. Vor allem der Vergleich der einzelnen Messzeitpunkte über Zeit mittels der Querschnitt-Regressionen hat gezeigt, dass Parteeffekte besonders dann deutlich werden, wenn die Gefährlichkeit des Corona-Virus abnimmt und Regierungen die Wahl zwischen Vorsicht und zurück zur Normalität treffen müssen. Zusätzlich zeigen sich auch verschiedene externe Einflüsse als wichtig für die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen. Vornehmlich der pandemische Problemdruck hat dabei das Pandemiemanagement der Länder, wie erwartend, maßgeblich bestimmt. Aber auch die ökonomischen und medizinischen Ressourcen der Länder sowie institutionelle Unterschiede zeigen sich relevant für die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen.

Mit Blick auf die Beantwortung der Forschungsfrage, welchen Einfluss die Regierungsparteien in den Landesregierungen auf die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer haben, lässt sich sagen, dass die Parteien in den Landesregierungen aufgrund ihrer Ideologie unterschiedliche Abwägungen zwischen Freiheitsrechten des Einzelnen und dem allgemeinen Gesundheitsschutz treffen und daher unterschiedliche Präferenzen verfolgen. Was auch im Einklang mit der bereits ergangenen Forschung steht. Jedoch ist es nur für die CDU/CSU und Grünen im ersten Pandemiejahr wahrscheinlich, dass ihre Ideologie durch ihre politischen Eliten in den Landesregierungen zur Geltung kommen konnte. So sorgt eine christdemokratische Ideologie, welche durch einen starken Gemeinschaft- und Unterstützungsgedanken sowie dem Glauben an eine feste Ordnung geprägt ist bei den Entscheidern der CDU/CSU für die Präferenz nach restriktiveren Infektionsschutzmaßnahmen. Hingegen geht die Ideologie grüner Entscheider stärker mit postmaterialistischen Werten, der individuellen Autonomie und dem Schutz von Minderheitsrechten einher, was zu der Präferenz nach permissiveren Maßnahmen führt.

Die Untersuchung hat zudem gezeigt, dass gerade der agency-based approach zu einem besseren Verständnis von Regierungshandeln in neuen und unvorhersehbaren Krisensituationen in den deutschen Bundesländern beitragen kann. So knüpft diese Untersuchung an den Forschungsstand an und zeigt basierend auf einem differenzierten theoretischen Argument, dass auch unter der Kontrolle weiterer Erklärungsfaktoren, speziell den Infektionszahlen, Parteeffekte im Pandemiemanagement der Bundesländer des ersten Coronajahres ausgemacht werden können. Ebenfalls bestärkt diese Untersuchung die Vermutung von Jahn (2023), dass das Pandemiemanagement insbesondere von föderalen Staaten wie Deutschland besser auf der substaatlichen Ebene untersucht werden kann. Die Bundesländer waren nicht nur die Hauptakteure in der Implementation von Infektionsschutzmaßnahmen, sondern gerade neben den Infektionszahlen haben politische Unterschiede in den Bundesländern zu anderen Krisenreaktionen geführt. Folglich sollte bei der Untersuchung anderer Politikbereiche und Krisensituationen, in welchen substaatlichen Einheiten große Kompetenzen zukommen, die Aufmerksamkeit stärker auf diese Einheiten gelenkt werden. Im Licht der hier angesprochenen Limitationen wird zusätzlich deutlich, dass die statistische Untersuchung von Infektionsschutzmaßnahmen durch temporale Effekte vor Probleme gestellt wird. In Zukunft könnte eine bessere Datenlage hier neue Modellspezifikationen mit anderen Lag-Strukturen sowie durch längere Zeitreihen den Vergleich von Perioden erlauben. So ist zu vermuten, dass für 2021 und 2022 neue Covid-Varianten und die Impfquote eine große Bedeutung für die Infektionsschutzmaßnahmen spielen. Die Ergebnisse

sprechen ebenfalls sehr dafür, mit dem theoretischen Argument über den Einfluss verschiedener Parteienfamilien weiter auf moderierende Effekte der Infektionszahlen einzugehen, um noch genauer zu betrachten, wann die Ermessensreduzierung durch den steigenden Problemdruck parteipolitisch-gefärbte Regierungsentscheidungen verhindert.

Abschließend haben die Ergebnisse auch eine politische Relevanz. So zeigen sie, dass trotz der bestehenden Krisenlage, die jede Regierung zum Handeln gezwungen hat, die Landesregierungen den sich ihr eröffnenden grundrechtlichen Abwägungsspielraum genutzt haben. Dieses Ergebnis ist gerade für den demokratischen Föderalismus von großer Bedeutung. So ist es eine seiner Grundfunktionen, regionale Unterschiede in den Wertvorstellungen der Bevölkerung in der Politikgestaltung wiederzugeben sowie durch Gewaltenteilung und -gliederung freiheitssichernd zu wirken (Morlok & Michael, 2023: 199f.). Gerade, wenn alle Gliederstaaten in Krisen gleich handeln, entspräche dies einem unitarischen Staat, was zum Verlust solcher regionaler Anpassungsmöglichkeiten führen würde (Behnke & Person, 2022: 63). Es erfüllt also gerade den Grundgedanken des Bundesstaatlichkeitsprinzips in Deutschland, dass Parteien in den Landesregierungen mit unterschiedlichen Parteiideologien auch hier andere Abwägungen in einer solch grundrechtskritischen Frage getroffen haben.

7. Literaturverzeichnis

- Adolph, C., Amano, K., Bang-Jensen, B., Fullman, N., Magistro, B., Reinke, G., Castellano, R., Erickson, M. & Wilkerson, J. (2022). The Pandemic Policy U-Turn: Partisanship, Public Health, and Race in Decisions to Ease COVID-19 Social Distancing Policies in the United States. *Perspectives on Politics*, 20(2), 595–617. <https://doi.org/10.1017/S1537592721002036>
- Adolph, C., Amano, K., Bang-Jensen, B., Fullman, N. & Wilkerson, J. (2021). Pandemic Politics: Timing State-Level Social Distancing Responses to COVID-19. *Journal of health politics, policy and law*, 46(2), 211–233. <https://doi.org/10.1215/03616878-8802162>
- Beck, N. & Katz, J. N. (1995). What To Do (and Not to Do) with Time-Series Cross-Section Data. *American Political Science Review*, 89(3), 634–647. <https://doi.org/10.2307/2082979>
- Behnke, N. & Person, C. (2021). *Corona-Verordnungen im deutschen Föderalismus*. https://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/institut/arbeitsbereiche_und_nachwuchsgruppen/oeffentliche_verwaltung_public_policy/forschung_oev/Corona-VerordnungenimdeutschenFderalismus.de.jsp (abgerufen am 10.10.2023)

- Behnke, N. & Person, C. (2022). Föderalismus in der Krise – Restriktivität und Variation der Infektionsschutzverordnungen der Länder. *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 15(1), 62–83.
<https://doi.org/10.3224/dms.v15i1.03>
- Bellégo, C., Benatia, D. & Pape, L.-D. (2022, März). *Dealing with the Log of Zero in Regression Models*. *CREST - Série des Documents de Travail (Working Paper)*, 2019-13. <https://ssrn.com/abstract=3444996> (abgerufen am 06.12.2023) oder <https://doi.org/10.2139/ssrn.3444996>
- Best, H., Jahr, S. & Vogel, L. (2010). Karrieremuster und Karrierekalküle deutscher Parlamentarier. In M. Edinger & W. J. Patzelt (Hrsg.), *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft: 44(1). Politik als Beruf: Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema* (S. 168–192). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beyme, K. von. (1984). *Parteien in westlichen Demokratien* (2 Aufl.). *Serie Piper: Bd. 245*. Piper.
- Beyme, K. von. (2002). *Parteien im Wandel: Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien* [Nachdr.]. Westdeutscher Verlag.
- Boehme-Neßler, V. (2020, 13. Oktober). Grundrechte: Der Zweck heiligt alle Mittel? Das sieht die Verfassung anders. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/2020-10/grundrechte-coronavirus-einschraenkungen-regeln-verhaeltnismaessigkeit-verfassung> (abgerufen am 17.10.2023)
- Bollyky, T. J., Castro, E., Aravkin, A. Y., Bhangdia, K., Dalos, J., Hulland, E. N., Kiernan, S., Lastuka, A., McHugh, T. A., Ostroff, S. M., Zheng, P., Chaudhry, H. T., Ruggiero, E., Turilli, I., Adolph, C., Amlag, J. O., Bang-Jensen, B., Barber, R. M., Carter, A., . . . Dieleman, J. L. (2023). Assessing COVID-19 pandemic policies and behaviours and their economic and educational trade-offs across US states from Jan 1, 2020, to July 31, 2022: an observational analysis. *The Lancet*, 401(10385), 1341–1360.
[https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(23\)00461-0](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(23)00461-0)
- Budde, E., Heichel, S., Hurka, S. & Knill, C. (2018). Partisan effects in morality policy making. *European Journal of Political Research*, 57(2), 427–449.
<https://doi.org/10.1111/1475-6765.12233>
- Bundesagentur für Arbeit. (2021). *Arbeitslosenquoten - Zeitreihe*.
https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=5530CE87C13C51422A4DF335ABF798D7?nn=27098&topic_f=ge-meinde-arbeitslose-quoten&dateOfRevision=201912-202310 (abgerufen am 23.10.2023)
- Bundesrat. (2023). *Archiv - Zusammensetzung des Bundesrates*.
<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/bilder/DE/galerien/stimmenverteilung-br/zusammensetzung-br.html> (abgerufen am 16.10.2023)
- Bundesrechtsanwaltskammer. (2022). *Corona: Landesverordnungen, Erlasse und Allgemeinverfügungen der Länder*. <https://www.brak.de/anwaltschaft/tipps-und-leitfaeden/corona/landesverordnungen-erlasse-und-allgemeinverfuegungen-der-laender/> (abgerufen am 17.10.2023)

- Bundesregierung. (2020a). *Arbeitsmarkt: Leichter Zugang zum Kurzarbeitergeld*.
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/kurzarbeitergeld-1729626> (abgerufen am 27.11.2023)
- Bundesregierung. (2020b). *Konjunkturpaket: Städte und Gemeinden werden entlastet*.
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kommunen-corona-1763406>
 (abgerufen am 27.11.2023)
- Bundesregierung. (2021). *Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 19. Januar 2021 [Beschluss]*.
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1840868/8e190fafc4ac9395b058bf1a4294ac0e/2021-01-19-mpk-data.pdf?download=1> (abgerufen am 01.12.2023)
- Bundestag. (2020). *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 156. Sitzung: Plenarprotokoll 19/156*. <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19156.pdf#P.19296>
 (abgerufen am 16.10.2023)
- Burke, E. (1770). *Thoughts on the Cause of the Present Discontents* (3. Aufl.). J. Dodsley in the Pall-Mall.
- DAWUM. (2023). *Darstellung und Auswertung von Wahlumfragen*. <https://dawum.de/>
 (abgerufen am 24.10.2023)
- Degenhart, C. (2020). *Staatsrecht I: Staatsorganisationsrecht. Mit Bezügen zum Europarecht* (36., neu bearbeitete Aufl.). *Jura auf den [Punkt] gebracht*. C.F. Müller.
- Dietz, M., Roßteutscher, S., Scherer, P. & Stövsand, L.-C. (2021). Rally Effect in the Covid-19 Pandemic: The Role of Affectedness, Fear, and Partisanship. *German Politics*, 1–21. Online-Vorveröffentlichung. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2016707>
- Döring, H., Quaas, A., Hesse, M. & Manow, P. (2023). *Parliaments and governments database (ParlGov): Information on parties, elections and cabinets in established democracies*. <https://www.parlgov.org/> (abgerufen am 28.11.2023)
- Egger, C. M., Magni-Berton, R., Roché, S. & Aarts, K. (2021). I Do it My Way: Understanding Policy Variation in Pandemic Response Across Europe. *Frontiers in Political Science*, 3, 1–18. Online-Vorveröffentlichung.
<https://doi.org/10.3389/fpos.2021.622069>
- Eith, U. (2012). Ideologiefreie Sachpolitik oder populistischer Protest? Freie Wähler auf Landes- und Bundesebene. In M. Morlok, J. Walther & T. Poguntke (Hrsg.), *Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung: Bd. 42. Politik an den Parteien vorbei: Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative* (1. Aufl., S. 147–157). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
<https://doi.org/10.5771/9783845232508-147>
- Engler, F. & Dümig, K. (2016). Political Parties and MPs' Morality Policy Voting Behaviour: Evidence from Germany. *Parliamentary Affairs*, 70(3), 548-568.
<https://doi.org/10.1093/pa/gsw034>
- Engler, F. & Zohlnhöfer, R. (2022). Wettbewerb um Wählerstimmen, Klimakrise und die Corona-Pandemie. Parteienwettbewerb und Regierungshandeln in der 19. Wahlperiode. In R. Zohlnhöfer & F. Engler (Hrsg.), *Das Ende der Merkel-Jahre: Eine*

- Bilanz der Regierung Merkel 2018-2021* (S. 69–99). Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-38002-1_4
- Engst, B. G. (2017). Die vierte Gesetzeslesung. Verfassungsgerichte des deutschösterreichischen Modells als Vetospieler. In V. Frick, O. Lembcke & R. Lhotta (Hrsg.), *Politik und Recht. Politik und Recht: Umriss eines politikwissenschaftlichen Forschungsfeldes* (1. Aufl., S. 281–302). Nomos.
<https://doi.org/10.5771/9783845280349-281>
- Flick, M. (2008). Landesverfassungsgerichtsbarkeit. In M. Freitag & A. Vatter (Hrsg.), *UTB: Bd. 3095. Die Demokratien der deutschen Bundesländer: Politische Institutionen im Vergleich* (1. Aufl., S. 237–256). Budrich.
- Forschungsgruppe Wahlen. (2023a). *Politbarometer: Wichtige Probleme in Deutschland - I seit 01/2000*.
https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1 (abgerufen am 24.10.2023)
- Forschungsgruppe Wahlen. (2023b). *Politbarometer: Wichtige Probleme in Deutschland - II seit 01/2000*.
https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1 (abgerufen am 24.20.2023)
- Galasso, V. (2014). The role of political partisanship during economic crises. *Public Choice*, 158(1-2), 143–165. <https://doi.org/10.1007/s11127-012-9956-6>
- Gerhardt, J. (2021). *Infektionsschutzgesetz (IfSG): Kommentar* (5. Aufl.). Beck'sche Kompakt-Kommentare. C.H.Beck.
- Hale, T., Angrist, N., Goldszmidt, R., Kira, B., Petherick, A., Phillips, T., Webster, S., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Majumdar, S. & Tatlow, H. (2021). A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker). *Nature Human Behaviour*, 5(4), 529–538. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>
- Hibbs, D. A. (1977). Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review*, 71(4), 1467–1487. <https://doi.org/10.2307/1961490>
- Jahn, D. (2022). Party families and greenhouse gas emissions: a new perspective on an old concept. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 15(4), 477–496.
<https://doi.org/10.1007/s12286-021-00504-6>
- Jahn, D. (2023). Politics and corona lockdown regulations in 35 highly advanced democracies: The first wave. *International Political Science Review*, 44(4), 571–586.
<https://doi.org/10.1177/01925121221078147>
- Jankowski, M., Kurella, A.-S., Stecker, C., Blätte, A., Bräuninger, T., Debus, M., Müller, J. & Pickel, S. (2022). Die Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2021: Ergebnisse des Open Expert Surveys. *Politische Vierteljahresschrift*, 63(1), 53–72.
<https://doi.org/10.1007/s11615-022-00378-7>
- Kingreen, T. & Poscher, R. (2020). *Grundrechte: Staatsrecht II* (36., neu bearbeitete Aufl.). *Jura auf den [Punkt] gebracht*. C.F. Müller.

- Kitschelt, H. P. (1988). Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems. *World Politics*, 40(2), 194–234. <https://doi.org/10.2307/2010362>
- Konradi, J. (2020). Verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zu Corona-Maßnahmen. *DGUV Forum*(5-6), 31–35. <https://forum.dguv.de/ausgabe/5-2020/artikel/verfassungsgerichtliche-rechtsprechung-zu-corona-massnahmen> (abgerufen am 01.12.2023)
- Kriesi, H., Grande, E., Lachat, R., Dolezal, M., Bornschie, S. & Frey, T. (2006). Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. *European Journal of Political Research*, 45(6), 921–956. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2006.00644.x>
- Kühne, S., Liebig, S., Rees, J. & Zick, A. (2020). Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander. *DIW aktuell*(49). <http://hdl.handle.net/10419/222879> (abgerufen am 01.12.2023)
- Lehmann, P., Franzmann, S., Burst, T., Matthieß, T., Regel, S., Riethmüller, F., Volkens, A., Weßels, B., Zehnter, L., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung & Institut für Demokratieforschung Göttingen. (2023). *Manifesto Project Dataset*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Institut für Demokratieforschung (IfDem). <https://doi.org/10.25522/MANIFESTO.MPDS.2023A>
- Mai, P., Link, M. & Engler, F. (2023). Voting Behaviour in the 19th German Bundestag and Beyond: Between the Daily Business of Unity and a Special Vote of Conscience. *German Politics*, 1–25. Online-Vorveröffentlichung. <https://doi.org/10.1080/09644008.2023.2191317>
- Morlok, M. & Michael, L. (2023). *Staatsorganisationsrecht* (6. Aufl.). *NomosLehrbuch*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748914891>
- Müller-Rommel, F. (1984). *Green Parties under Comparative Perspective*. *ICPS Working Paper*, 99. <https://core.ac.uk/outputs/13283327> (abgerufen am 01.12.2023)
- Müller-Rommel, F. (1985). The Greens in Western Europe. *International Political Science Review*, 6(4), 483–498. <https://doi.org/10.1177/019251218500600407>
- Neu, V. (2021). (Die) Linke. In U. Andersen (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (8. Aufl., S. 598–606). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_37
- Obinger, H. (2023). Funktionalismus. In G. Wenzelburger & R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung* (2. Aufl., S. 23–43). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34560-0_1
- Patel, J. A., Nielsen, F. B. H., Badiani, A. A., Assi, S., Unadkat, V. A., Patel, B., Ravindrane, R. & Wardle, H. (2020). Poverty, inequality and COVID-19: the forgotten vulnerable. *Public Health*, 183, 110–111. <https://doi.org/10.1016/j.puhe.2020.05.006>
- Person, C., Behnke, N. & Jürgens, T. (2022). Föderale Koordination im Stresstest – zur Rolle der Ministerpräsidentenkonferenz im Pandemie-Management. In R. Zohlnhöfer & F. Engler (Hrsg.), *Das Ende der Merkel-Jahre: Eine Bilanz der Regierung Merkel 2018-2021* (S. 163–187). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38002-1_7

- Person, C., Behnke, N. & Jürgens, T. (2023). Effects of Territorial Party Politics on Horizontal Coordination among the German Länder – An Analysis of the COVID-19 Pandemic Management in Germany. *German Politics*, 1–26. Online-Vorveröffentlichung. <https://doi.org/10.1080/09644008.2023.2187782>
- Phoenix. (2021). *Jens Spahn, Prof. Lothar Wieler und Anke Richter-Scheer zur aktuellen Corona-Lage [Pressekonferenz]*. <https://www.youtube.com/watch?v=EaS0Jn2WmpU> (abgerufen am 23.11.2023)
- Plümper, T. & Neumayer, E. (2022). Lockdown policies and the dynamics of the first wave of the Sars-CoV-2 pandemic in Europe. *Journal of European Public Policy*, 29(3), 321–341. <https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1847170>
- Plümper, T., Troeger, V. E. & Manow, P. (2005). Panel data analysis in comparative politics: Linking method to theory. *European Journal of Political Research*, 44(2), 327–354. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2005.00230.x>
- Pulejo, M. & Querubín, P. (2021). Electoral concerns reduce restrictive measures during the COVID-19 pandemic. *Journal of Public Economics*, 198, 104387. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2021.104387>
- Rath, C. (2021, 22. Februar). Das Bundesverfassungsgericht in der Coronakrise: Die Impulsgeber. *LTO*. <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bverfg-corona-rolle-einfluss-pandemie-rechtsprechung-grundrechte/> (abgerufen am 28.11.2023)
- Reutter, W. (2020). Zum Status der Landesverfassungsgerichte als Verfassungsorgane. In W. Reutter (Hrsg.), *Verfassungsgerichtsbarkeit in Bundesländern: Theoretische Perspektiven, methodische Überlegungen und empirische Befunde* (1. Aufl., S. 155–174). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-28961-4_6
- Robert Koch-Institut. (2023a). *7-Tage-Inzidenz der COVID-19-Fälle in Deutschland*. <https://doi.org/10.5281/zenodo.8409046>
- Robert Koch-Institut. (2023b). *Intensivkapazitäten und COVID-19-Intensivbettenbelegung in Deutschland*. https://github.com/robert-koch-institut/Intensivkapazitaeten_und_COVID-19-Intensivbettenbelegung_in_Deutschland (abgerufen am 22.10.2023)
- Rovny, J. A., Bakker, R., Hooghe, L., Jolly, S., Marks, G., Polk, J., Steenbergen, M. & Vachudova, M. A. (2022). Contesting Covid: The ideological bases of partisan responses to the Covid-19 pandemic. *European Journal of Political Research*, 61(4), 1155–1164. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12510>
- Schmidt, M. G. (1996). When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. *European Journal of Political Research*, 30(2), 155–183. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1996.tb00673.x>
- Schmidt, M. G. (2021). *Das politische System Deutschlands: Institutionen, Willensbildung und Politikfelder* (4., aktualisierte Aufl.). Beck Paperback: Bd. 1721. C.H. Beck.
- Schmidt, M. G. (2022). Covid-19-Todesfälle in Demokratien und Autokratien. Eine Bilanz nach zwei Jahren Corona-Pandemie. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 71(3-2022), 299–310. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i3.05>

- Schmidt, M. G., Zohlnhöfer, R., Bartscherer, F. & Trocka, C. (2021). *The Partisan Composition of Governments Database (PACOGOV)*. <https://www.uni-heidelberg.de/politikwissenschaften/personal/zohlnhoefer/forschung/DataPartisanComp.html> (abgerufen am 28.10.2023)
- Schmitt, C. (2016). Panel data analysis and partisan variables: how periodization does influence partisan effects. *Journal of European Public Policy*, 23(10), 1442–1459. <https://doi.org/10.1080/13501763.2015.1091030>
- Shvetsova, O., Zhirnov, A., Giannelli, F. R., Catalano, M. A. & Catalano, O. (2022). Governor's Party, Policies, and COVID-19 Outcomes: Further Evidence of an Effect. *American Journal of Preventive Medicine*, 62(3), 433–437. <https://doi.org/10.1016/j.amepre.2021.09.003>
- Statistisches Bundesamt. (2021). *Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Nationalität und Bundesländern*. <http://web.archive.org/web/20210804111453/https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html> (archiviert am 04.08.2021; abgerufen am 20.10.2023)
- Tagesschau. (2020a). *ARD-extra: Die Corona-Lage | 25.5.2020*. <https://www.youtube.com/watch?v=ntwKRxfDFpo> (abgerufen am 03.12.2023)
- Tagesschau. (2020b). *Wahltermine in Deutschland: Wer wählt wann?* <http://web.archive.org/web/20200310014047/https://www.tagesschau.de/wahlarchiv/wahltermine/> (archiviert am 10.03.2020; abgerufen am 24.10.2023)
- Thüringer Staatskanzlei. (2020). *Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 28. Oktober 2020 (Protokollerklärung)*. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1805024/5353edede6c0125e5b5166504dfd79/2020-10-28-mpk-beschluss-corona-data.pdf?download=1> (abgerufen am 27.11.2023)
- Toshkov, D., Carroll, B. & Yesilkagit, K. (2022). Government capacity, societal trust or party preferences: what accounts for the variety of national policy responses to the COVID-19 pandemic in Europe? *Journal of European Public Policy*, 29(7), 1009–1028. <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1928270>
- Walther, J. & Angenendt, M. (2018). Freie Wähler zwischen Partei und Wählergemeinschaft. Mitglieder, Identität und Organisation. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(2), 325–345. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-325>
- Wenzelburger, G. (2015). Parties, Institutions and the Politics of Law and Order: How Political Institutions and Partisan Ideologies Shape Law-and-Order Spending in Twenty Western Industrialized Countries. *British Journal of Political Science*, 45(3), 663–687. <https://doi.org/10.1017/S0007123413000501>
- Wenzelburger, G. (2023). Der Einfluss von Parteien auf Public Policies. In G. Wenzelburger & R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung* (2. Aufl., S. 67–99). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34560-0_3

- Wenzelburger, G., Jäckle, S. & König, P. (2014). *Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler*. De Gruyter Oldenbourg.
<https://doi.org/10.1524/9783486858280>
- Wenzelburger, G. & Zohlnhöfer, R. (2021). Bringing agency back into the study of partisan politics: A note on recent developments in the literature on party politics. *Party Politics*, 27(5), 1055–1065. <https://doi.org/10.1177/1354068820919316>
- Winterhoff, C. (2020, 7. April). Coronavirus & Öffentliches Recht: Die wichtigsten Fragen zu behördlichen Maßnahmen und Entschädigungsansprüchen. *juris Magazin*.
<https://www.juris.de/jportal/nav/services/juris-magazin/coronavirus-entschaedigungsansprueche/index.jsp> (abgerufen am 17.10.2023)
- Woeckener, B. (2019). Makroökonomische Ziele des Staates. In B. Woeckener (Hrsg.), *Volkswirtschaftslehre* (3. Aufl., S. 165–183). Springer Gabler.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-59222-9_9
- World Health Organization. Regional Office for Europe. (2020). *Pandemic fatigue - reinvigorating the public to prevent COVID-19: policy framework for supporting pandemic prevention and management*. <https://iris.who.int/handle/10665/335820> (abgerufen am 21.11.2023)
- Zohlnhöfer, R. (2013). Politische Parteien und öffentliche Politik. In K.-R. Korte & T. Grunden (Hrsg.), *Handbuch Regierungsforschung* (S. 267–276). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94031-1_24
- Zohlnhöfer, R. (2023). The analysis of partisan differences in advanced democracies. The “independent variable problem” reconsidered. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 17(1), 77–87. <https://doi.org/10.1007/s12286-023-00568-6>
- Zohlnhöfer, R. & Engler, F. (2023). Electoral Competition and Policy-Making Under the Fourth Merkel Government. Driven by ‘Fridays for Future’ and the Pandemic? *German Politics*, 1–23. Online-Vorveröffentlichung.
<https://doi.org/10.1080/09644008.2023.2198213>

8. Anhang

Die Berechnungen fanden mit Stata 18.0 statt. Das Do-File und der verwendete Datensatz wurden der Abgabe angehängt und sind ebenfalls auf Anfrage erhältlich.

Abbildung Anhang 1: Verlauf der Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesländer über den Untersuchungszeitraum

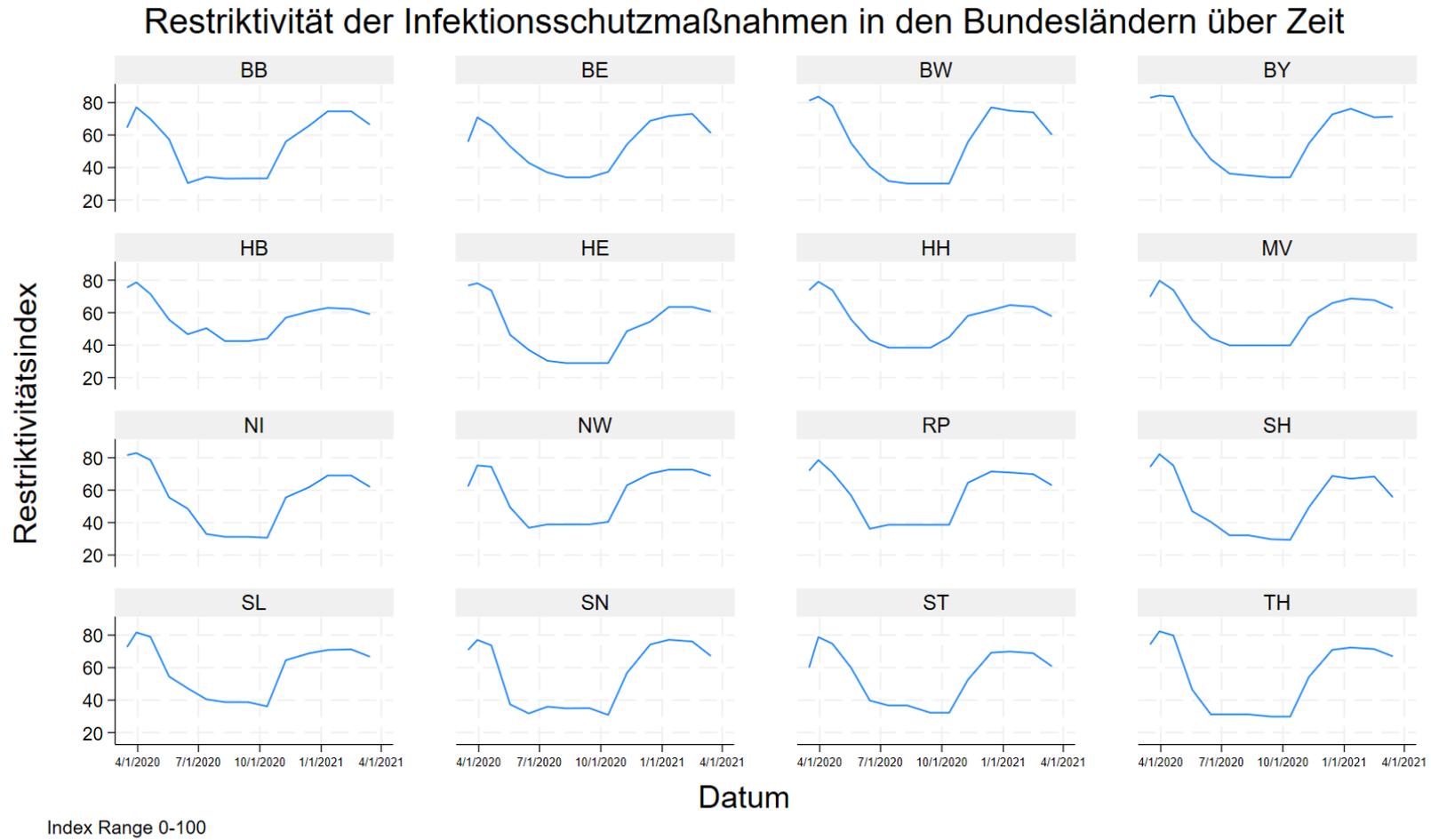


Tabelle Anhang 1: Operationalisierung und Datenquellen der Variablen

<i>Variablen</i>	<i>Operationalisierung</i>	<i>Datenquellen</i>
Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen	Restriktivitätsindex (RI) der Infektionsschutzverordnungen der Bundesländer; Messung der gültigen Infektionsschutzverordnungen zur Mitte eines Monats	Forschungsprojekt Corona-Verordnungen im deutschen Föderalismus (Behnke & Person, 2021; erläutert in Behnke & Person, 2022) Bereitgestellt von Prof. Nathalie Behnke
Stärke der Parteien in den Landesregierungen	Kabinettsitzanteile (KSA) der Parteien in %; Parteienfamilien Einordnung nach Beyme (1984); Validiert über PACOGOV (Schmidt et al., 2021) sowie Einordnung LINKE als linkssozialistische Partei	Eigene Berechnung basierend auf Angaben in den Koalitionsverträgen und (archivierten) Regierungswebseiten der Landesregierungen
Pandemischer Problemdruck	Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in den letzten sieben Tagen (7-Tage-Inzidenz)	(Robert Koch-Institut, 2023a)
Ökonomische Situation	Arbeitslosenquote im Vormonat (in %)	(Bundesagentur für Arbeit, 2021)
Vetospiele: Stärke der Landesverfassungsgerichte	Index der Stärke der Landesverfassungsgerichte; arithmetisches Mittel aus summierten und z-standardisierten Teilindices der Kompetenzen (17 Items) und Zugangsmöglichkeiten des einzelnen Bürgers (vier Items)	Eigene Berechnung nach Flick (2008); Kompetenzen der Gerichte (Reutter, 2020), Zugangsmöglichkeiten des Bürger eigens aktualisiert nach Flick (2008) anhand der Landesverfassungsgesetze, Wahlgesetze und Volksabstimmungsgesetze der Bundesländer (Tab.A.6)
Landtagswahlen	Dummy (1 = Wahl, 0 = keine)	Eigene Kodierung
Resistenz des Gesundheitssystems	Zahl der freie Intensivbetten im Vormonat anteilig an der Gesamtbevölkerung von 2020 (in %)	Eigene Berechnung; Freie Intensivbetten (Robert Koch-Institut, 2023b), Bevölkerungszahlen (Statistisches Bundesamt, 2021)
Medizinischer Hintergrund des Gesundheitsministers	Dummy für medizinische Grundausbildung bzw. beruflichen Hintergrund in einer medizinischen Branche (1 = liegt vor, 0 = liegt nicht vor)	Eigene Kodierung anhand der Auswertung der Lebensläufe der Gesundheitsminister von (archivierten) Regierungswebseiten der Landesregierungen

Tabelle Anhang 2: Deskriptive Betrachtung der Daten und Varianzzerlegung

Variablen	Varianz	Arithm. Mittel	SD	Min	Max	Beobachtungen
Restriktivitätsindex	overall	54,525	16,308	28,935	83,819	N = 208
	between		2,267	49,354	58,269	n = 16
	within		16,159	29,427	81,884	T = 13
KSA CDU/CSU	overall	38,682	29,564	0	80	N = 208
	between		30,460	0	80	n = 16
	within		7,91E-15	38,682	38,682	T = 13
KSA SPD	overall	31,486	25,441	0	75	N = 208
	between		26,196	0	68,590	n = 16
	within		0,880	29,563	37,896	T = 13
KSA Grüne	overall	18,109	15,502	0	54,545	N = 208
	between		15,946	0	54,545	n = 16
	within		0,880	11,699	20,032	T = 13
KSA FDP	overall	4,255	8,923	0	25	N = 208
	between		9,194	0	25	n = 16
	within		0	4,255	4,255	T = 13
KSA LINKE	overall	6,218	13,996	0	50	N = 208
	between		14,420	0	50	n = 16
	within		1,72E-15	6,218	6,218	T = 13
7-Tage-Inzidenz	overall	487,106	710,093	0	3851	N = 208
	between		129,762	287,846	687,923	n = 16
	within		698,835	-199,817	3691,490	T = 13
Stärke der Landesverfassungsgerichte	overall	1,04E-17	0,742	-1,020	1,289	N = 208
	between		0,764	-1,020	1,289	n = 16
	within		1,07E-16	-1,01E-16	2,32E-16	T = 13
Arbeitslosenquote	overall	6,788	1,946	3,100	12	N = 208
	between		1,948	3,754	11,300	n = 16
	within		0,462	4,741	7,641	T = 13
Landtagswahlen	overall	0,125	0,332	0	1	N = 208
	between		0,342	0	1	n = 16
	within		0	0,125	0,125	T = 13
Freie Intensivbetten (anteilig an Bevölkerung)	overall	0,010	0,005	0,003	0,026	N = 192
	between		0,003	0,006	0,016	n = 16
	within		0,004	0,000	0,020	T = 12
Medizinischer Hintergrund Gesundheitsminister	overall	0,375	0,485	0	1	N = 208
	between		0,500	0	1	n = 16
	within		0	0,735	0,735	T = 13

SD = Standardabweichung; KSA = Kabinettsitzanteile

Tabelle Anhang 3: Zusammengefasste Regressionsergebnisse des Einflusses von SPD, CDU/CSU und LINKE auf den Restriktivitätsindex der Infektionsschutzmaßnahmen

Monat	KSA CDU/CSU	KSA SPD	KSA LINKE	7-Tage-In- zidenz	Arbeitslosen- quote	Korr. R^2
<i>2020</i>						
März (KW 12)	-0,042 (0,135)	0,01 (0,133)	0,006 (0,213)	0,054 (0,07)	-2,704* (1,34)	-0,04
März (KW 14)	0,035 (0,063)	0,033 (0,062)	0,052 (0,01)	0,001 (0,006)	-1,121 (0,695)	0,056
Apr.	0,150** (0,051)	0,093* (0,05)	0,193** (0,08)	0,017** (0,008)	-1,218** (0,525)	0,025
Mai	0,034 (0,107)	0,155 (0,111)	-0,129 (0,164)	0,069 (0,045)	-0,666 (1,05)	-0,012
Jun.	0,056 (0,098)	0,083 (0,101)	-1,688 (0,168)	0,138 (0,095)	-0,247 (1,24)	0,579
Jul.	-0,003 (0,066)	0,019 (0,072)	-0,084 (0,105)	0,004 (0,069)	1,840* (0,618)	0,369
Aug.	0,0169 (0,058)	0,04 (0,06)	-0,076 (0,091)	-0,01 0,028	1,225* (0,522)	0,25
Sept.	0,013 (0,065)	0,066 (0,064)	-0,087 (0,098)	0,008 (0,017)	1,176* (0,525)	0,298
Okt.	-0,059 (0,069)	0,03 (0,072)	-0,162 (0,107)	0,002 (0,007)	1,445* (0,734)	0,419
Nov.	0,016 (0,083)	0,105 (0,086)	-0,046 (0,13)	0,001 (0,002)	-0,18 (0,826)	-0,14
Dez.	-0,05 (0,115)	-0,075 (0,11)	0,099 (0,167)	-0,003 (0,003)	-1,409 (1,024)	-0,132
<i>2021</i>						
Jan.	0,03 (0,081)	0,005 (0,079)	0,034 (0,137)	0,001 (0,001)	-0,875 (0,668)	0,095
Feb.	0,034 (0,073)	0,021 (0,071)	0,141 (0,114)	0,008 (0,006)	-1,215 (0,723)	-0,027
März	0,166* (0,06)	0,117* (0,061)	0,15 (0,124)	0,005 (0,004)	-0,446 (0,635)	0,342

Koeffizienten zeigen den Einfluss der Variable auf den RI
Standardfehler in Klammern

* $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

Tabelle Anhang 4: Zusammengefasste Regressionsergebnisse des Einflusses von Grünen und FDP auf den Restriktivitätsindex der Infektionsschutzmaßnahmen

Monate	KSA Grüne	KSA FDP	7-Tage-Inzidenz	Arbeitslosenquote	Korr. R^2
<i>2020</i>					
März (KW 12)	0,114 (0,121)	-0,302 (0,21)	0,103 (0,07)	-2,348** (1,003)	0,263
März (KW 14)	-0,026 (0,056)	-0,063 (0,097)	-0,00003 (0,006)	-1,11* (0,598)	0,071
Apr.	-0,106* (0,053)	-0,101 (0,09)	0,017* (0,009)	-1,257** (0,505)	0,466
Mai	-0,087 (0,116)	-0,121 (0,189)	0,027 (0,045)	-0,05 (0,998)	-0,233
Jun.	-0,088 (0,102)	-0,997 (0,176)	0,048 (0,085)	0,277 (1,18)	-0,136
Jul.	-0,05 (0,062)	0,028 (0,114)	-0,009 (0,062)	1,782** (0,497)	0,386
Aug.	-0,088 (0,05)	0,127 (0,097)	-0,035 (0,026)	1,258 (0,386)	0,407
Sept.	-0,085 (0,063)	0,061 (0,106)	0,01 (0,017)	1,24** (0,472)	0,241
Okt.	-0,03 (0,076)	0,084 (0,131)	-0,001 (0,007)	1,81 (0,708)	0,245
Nov.	-0,1 (0,08)	0,122 (0,144)	0,001 (0,002)	0,311 (0,648)	-0,105
Dez.	0,001 (0,107)	0,105 (0,174)	-0,0004 (0,002)	-1,033 (0,823)	-0,14
<i>2021</i>					
Jan.	-0,035 (0,067)	0,014 (0,123)	0,001 (0,001)	-0,938 (0,527)	0,177
Feb.	-0,032 (0,069)	-0,011 (0,12)	0,005 (0,005)	-0,862 (0,583)	-0,071
März	-0,179** (0,05)	-0,05 (0,09)	0,005* (0,002)	-0,521 (0,406)	0,504

Koeffizienten zeigen den Einfluss der Variable auf den RI
Standardfehler in Klammern

* $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

Tabelle Anhang 5: Robustheitstest der Ergebnisse des Einflusses der Parteien in den Landesregierungen auf die Infektionsschutzmaßnahmen unter transformierten KVs (gepoolte Regression)

	(8a)	(8b)	(9a)	(9b)
	Restriktivitätsindex			
KSA CDU/CSU	0,083** (0,041)		0,042* (0,023)	
KSA SPD	0,135*** (0,044)		0,029 (0,025)	
KSA LINKE	0,043 (0,050)		0,032 (0,034)	
KSA Grüne		-0,108*** (0,040)		-0,051** (0,023)
KSA FDP		-0,054 (0,073)		0,055 (0,044)
7-Tage-Inzidenz (ln)	3,140*** (0,894)	3,148*** (0,928)	0,554** (0,281)	0,551** (0,271)
Arbeitslosenquote	-1,055** (0,486)	-0,528 (0,515)	0,561** (0,237)	0,720** (0,322)
Stärke der Landesverfassungsgerichte	-0,523 (0,559)	-0,415 (0,974)	0,670** (0,296)	1,186** (0,540)
Landtagswahlen	-0,914 (1,836)	0,808 (1,971)	2,076* (1,169)	1,611 (1,345)
Freie Intensivbetten an Bevölkerung (ln)	-5,574* (3,172)	-5,018 (3,209)	1,369 (1,190)	0,832 (0,904)
Medizinischer Hintergrund Gesundheitsminister	-2,248** (1,115)	-1,169 (1,467)	0,877 (0,650)	1,735** (0,776)
Restriktivitätsindex (t-1)	0,562*** (0,102)	0,571*** (0,106)	0,479*** (0,091)	0,456*** (0,095)
Konstante	-18,846 (13,055)	-11,018 (12,941)	38,093*** (8,553)	39,235*** (7,321)
Zeit-Dummies	Nein	Nein	Ja	Ja
<i>N</i>	192	192	192	192
<i>R</i> ²	0,789	0,780	0,947	0,950
Korr. <i>R</i> ²	0,776	0,768	0,940	0,944

Prais-Winston Panel-korrigierte Standardfehler in Klammern

Zu beachten: Aufgrund des ln(0) Problem in der 7-Tage-Inzidenz wurde eine positiven Konstante zu allen Beobachtungen x_i hinzugefügt so dass $x_i' = \ln(x_i + 1)$ (siehe dazu Bellégo et al., 2022: 7)

* $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

Tabelle Anhang 6: Zugangsmöglichkeiten des einzelnen Bürgers zu den Landesverfassungsgerichten

Bundesländer	Verfassungsbeschwerde	Wahlprüfung	Verfahren der direkten Demokratie	Popularklage
BW	X		X	
BY	X	X		X
BE	X			
BB	X			
HB		X	X	
HH		X	X	
HE	X	X	X	
MV	X			
NI				
NW	X			
RP	X	X	X	
SL	X	X	X	
SN	X	X		
ST	X	X	X	
SH		X	X	
TH	X	X	X	

Aktualisiert nach Flick (2008)